

Dr. G. Hoffmann
 Verleger
 1908
 1909
 1910
 1911
 1912
 1913
 1914
 1915
 1916
 1917
 1918
 1919
 1920

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verlagsanstalt
 1908
 1909
 1910
 1911
 1912
 1913
 1914
 1915
 1916
 1917
 1918
 1919
 1920

Telephon
 Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
 Expedition 1206.

Nr. 303.

Mittwoch, den 29. Dezember 1909.

20. Jahrgang.

Die erste Statistik über die Landtagswahlen.

Die Sozialdemokratie Preußens stärkste Partei.

Die erste Statistik über die früheren Wahlergebnisse zu den preussischen Landtagswahlen, die im „Statistischen Landesamt“ ausgearbeitet ist, wird nunmehr veröffentlicht. Die „Berliner Korrespondenz“ ist zunächst in der Lage, einen Auszug aus dem umfangreichen Tabellenwert abzufragen und da der Provinzpresse das eigentliche Material noch nicht zur Verfügung steht, müssen wir uns bei nachstehendem an die Veröffentlichung dieses Materials halten. Die Abteilungen II, Steuerleistung und Wahlrecht, die für uns als Anhänger des gleichen Wahlrechts an Bedeutung zurücktritt, haben wir wegen ihres großen Umfangs zunächst nicht berücksichtigt.

Als wichtigstes Ergebnis der Statistik geht aber schon jetzt klar hervor, daß die Sozialdemokratie auch bei der öffentlichen Wahl den größten Prozentsatz aller Urwähler um sich versammelt, daß die Partei, die im Dreiklassenhaufe mit ganzen 7 Abgeordneten unter 143 vertreten ist, fast ein Viertel aller Urwähler umfaßt. Absolute Zahlen werden zurzeit noch verschwiegen, die Prozentzahlen aber sind folgende: Bei den preussischen Landtagswahlen im Jahre 1908 stimmten für

Sozialdemokratie	23,8	Prozent aller Urwähler
Zentrum	19,9	"
Konservative	14,1	"
Nationalliberalen	12,7	"
Polen, Dänen	9,0	"
Freisinnige Volksp.	3,9	"
Freikonservative	2,5	"
Freisinnige Vereinig.	0,88	"
Bund der Landwirte	0,6	"
Antisemiten etc.	0,36	"

Erst jetzt offenbart sich die ganze Schande des Dreiklassenwahlrechts, nachdem wir übersehen können, wie der Prozentsatz der Urwähler sich zu der Zahl der Abgeordneten verhält. Es stimmten nämlich:

Urwähler und erhaltenen Abgeordnete		
für Sozialdemokratie	23,8	7
„ Zentrum	19,9	105
„ Konservative	14,1	151
„ Nationalliberale	12,7	64
„ Polen, Dänen	9,0	17
„ Freis. Volksp.	3,9	29
„ Freikonservative	2,5	59
„ Freis. Bgg.	0,88	8
„ B. d. Landw.	0,6	1
„ Antisemiten	0,36	2

Das Bild der brutalen Entrechtung wird noch viel trauriger werden, wenn erst einmal die absoluten Zahlen der abgegebenen Urwählerstimmen bekannt sind.

Für heute begnügen wir uns mit dem trockenen Aussage der „Berl. Korr.“, die in ihrem Buchstabengewirr mehr sagt, als sie selber möchte.

Wahlenteilung und Wahlberechtigung.

Die Urwahlen finden nach den bestehenden Bestimmungen in Urwahlbezirken von 750 bis 1749 Seelen mit 3, 4, 5 oder 6 Wahlmännern statt. Solche Bezirke waren im Jahre 1908 im ganzen 29.028 gebildet worden, davon 11.989 in den Städten und 17.039 auf dem platten Lande. Auf jeden Urwahlbezirk kamen 1908 rund 1285 Seelen, 265 Urwähler und 176 Wahlmänner. Die Zahl der Urwähler betrug 7,7 Millionen; auf je 1000 Einwohner kamen 206 Wahlberechtigte, davon 7,87 der ersten und 28,56 der zweiten Abteilung. Die Verteilung der Wähler auf die einzelnen Abteilungen gibt den beiden oberen Abteilungen, wie es in der Natur der Dreiklassenwahl begründet ist, ein außerordentlich starkes Übergewicht, doch ist seit 1888 infolge mannigfacher Änderungen des Wahlrechts und der Besteuerungsgrundzüge in dieser Hinsicht eine gewisse Abschwächung erfolgt. Während nämlich von der gesamten Wählerzahl des Staates im Jahre 1888 nur 14,41 v. H. zu den beiden oberen Abteilungen gehörten, waren es im Jahre 1908 17,69 v. H. Die staatlichen Maßnahmen, um einer „Blutotzplünderung“ des Wahlrechts vorzubeugen, finden in dieser Verteilung ihren Ausdruck.

Von den 265 Urwählern, die, wie oben angegeben, im allgemeinen Durchschnitt auf jeden Urwahlbezirk entfallen, kamen 10,11 auf die erste und 36,70 auf die zweite Abteilung. Doch gab es 2214 Urwahlbezirke, in denen in der ersten Abteilung und 95 Bezirke, in denen in der zweiten Abteilung nur je ein Urwähler vorhanden war. Zwei Urwähler bildeten in 1708 Bezirken die erste und in 136 Bezirken die zweite Abtei-

lung. Doch auf dem Lande solche Ausnahmeverhältnisse viel zahlreicher waren, als in den Städten, hängt zum Teil mit der sozialen Gliederung hier und dort zusammen.

Der Anteil der Urwähler am Wahlrecht wird übrigens genauer als durch ihre technische Verteilung auf die Abteilungen dadurch festgelegt, daß die Berechnung auf je einen Wahlmann erfolgt, also: wieviel Urwähler haben das Recht auf einen Wahlmann? Die Antwort lautet nach der Statistik: im Durchschnitt je 55,69, wenn jedoch die Wähler nach Abteilungen zusammengefaßt werden, so genügt zum Anspruch auf einen Wahlmann in der ersten Abteilung schon 6,13 Wähler, in der zweiten Abteilung müssen es 22,8 sein und in der dritten Abteilung gar 138,6 Wähler. Zwischen Stadt und Land bestehen, solange die großen Durchschnittsanteile maßgebend sind, keine beträchtlichen Unterschiede.

Teilnahme an der Wahl.

Von den wahlberechtigten Urwählern nahmen 1908 an der Wahl teil: in den Städten 38,8 und auf dem Lande 27,5 vom Hundert, zusammen 32,8 v. H. Die Wahlbeteiligung ist diesmal ungleich reger als in den früheren Wahljahren gewesen, was wohl aus der steigenden Anteilnahme der Sozialdemokratie zu erklären ist. Bemerkenswert ist der Unterschied in dem Verhalten der einzelnen Abteilungen: In der ersten Abteilung, die das relativ „größte“ Wahlrecht hat, haben 53,5 v. H. der Wähler sich beteiligt, in der zweiten Abteilung 42,9 v. H. und in der dritten Abteilung nur 30,2 v. H. In den Jahren 1898 und 1893 haben in der dritten Abteilung nur 15 v. H. und 1903 nur 21 v. H. mitgewählt. Wie die Wählerstimmen sich in einzelnen Parteien und welche Verschiebungen im Laufe der Zeit wahrnehmbar gewesen, kann aus der vorliegenden Statistik näher ersehen werden.

Parteilagerung der Urwähler.

Die Ermittlung der Parteilagerung der Wähler bietet bei mittelbaren Wahlen naturgemäß besondere Schwierigkeiten, da die politische Richtung der eigentlichen Wahlmänner keineswegs mit der Parteilagerung der Urwähler zusammenzufallen braucht. Letztere kann zumal in allen Fällen, wo die aufgestellten Wahlkandidaten nicht „Sicherheiten“ nicht abgegeben werden. Dennoch ist nach möglicher Ausschaltung der Unklarheiten versucht worden, über die Parteilagerung der Urwähler eine Uebersicht zu gewinnen. Hierzu kamen auf die Sozialdemokraten 23,8 v. H., das Zentrum 19,9 v. H., die Konservativen 14,1 v. H., Nationalliberalen 12,7 v. H., Polen, Dänen usw. 9,0 v. H., Freisinnige Volkspartei 3,9 v. H., Freikonservative 2,5 v. H., Freisinnige Vereinigung 0,88 v. H., Bund der Landwirte 0,6 v. H., Antisemiten und dergleichen 0,36 v. H.

Während die Konservativen 1903 nach an erster Stelle standen, sind sie 1908 von den Sozialdemokraten und selbst vom Zentrum weit überholt worden, obgleich ihre absolute Stimmenzahl gleichfalls zugenommen hat. Auf dem Lande haben sie zwar ungleich mehr Wähler als die Sozialdemokratie, aber etwas weniger als das Zentrum um sich versammelt. Die Nationalliberalen erscheinen in den Städten und auch noch auf dem platten Lande mit ganz ansehnlichen Bruchteilen. Die Gesellschafter der beiden freisinnigen Richtungen zusammen erreicht auch in den Städten nur wenig über 7, auf dem Lande noch nicht 2 v. H. Von den Angehörigen der gemischten Gruppe (Polen, Dänen, Litauer, Welfen) haben nur die Polen eine nennenswerte Bedeutung.

Ein Vergleich der Stärke der einzelnen Parteien in den drei Abteilungen ergibt, daß im ganzen Staate in der ersten Abteilung das Zentrum mit 23,2 vom Hundert (auf dem Lande 27,2 v. H.), die Konservativen mit 23,2 v. H. (30 vom Hundert) und die Nationalliberalen mit 21,9 (16,7 vom Hundert) am stärksten, und zwar ziemlich gleich stark vertreten waren. Selbst die Sozialdemokraten nahmen bereits 3,3 der Urwähler dieser Abteilung für sich in Anspruch. In der zweiten Abteilung überfüllt das Zentrum (22,1 v. H.) die Nationalliberalen und Konservativen (17,2 und 18,1 v. H.), auch auf dem Lande. Die Sozialdemokraten umfassen in der zweiten Abteilung bereits 14,1 v. H., in den Städten sogar 20,7 v. H., auf dem Lande auch schon 7,6 v. H. Sie sind der freisinnigen Volkspartei bereits gewaltig überlegen. In der dritten Abteilung endlich ist die Sozialdemokratie mit 27,9 v. H. der Urwähler auch den nächststärksten Parteien, dem Zentrum (19,1 v. H.), den Konservativen (12,8 v. H.) und Nationalliberalen (10,9 v. H.) weit voraus.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause

Durch das Gesetz vom 28. Juni 1906 ist die Zahl der Abgeordneten bekanntlich von 433 auf 443 erhöht worden; zugleich hat eine Neuabgrenzung einzelner Wahlbezirke stattgefunden. Bei den Wahlen 1908 waren 276 (früher 256) Wahlbezirke vorhanden, von denen 132 je einen, 121 je zwei und 23 je drei Abgeordnete zu wählen hatten. Im Durchschnitt kamen auf einen Abgeordneten 84.184 Seelen und 17.242 Urwähler. Von diesem Durchschnitt gab es allerdings nach beiden Seiten vielfache Abweichungen. Aber nur noch ein Wahlbezirk (Rattowitz-Babrze) umfaßte mehr als 300.000 Seelen, nachdem im Jahre 1906 einige Wahlbezirke geteilt worden waren, bei gleichzeitiger Vermehrung der Zahl der Abgeordneten. In den 20 Wahlbezirken mit der größten Stimmenzahl auf je einen Abgeordneten schwankte diese Zahl der Einwohner zwischen 181.211 und 223.444 und die Zahl der Urwähler zwischen 212 und 78.307. Geringere entfielen auf je einen Abgeordneten in den 20 relativ kleinsten Wahlbezirken: 31.141 bis 16.768 Einwohner und 7883 bis 10.334 Urwähler.

Stimmberichtigte Wähler (nicht zu verwechseln mit der Zahl der Wahlmänner, die zu wählen gewesen wären) gab es 135.135, die zusammen 210.785 Stimmen hätten abgeben können, da ja vielfach auch zwei und drei Abgeordnete gewählt werden mußten, in Wirklichkeit jedoch nur 219.827 gültige Stimmen abgaben. Davon entfielen auf die wirklich gewählten Abgeordneten 168.790 und auf deren Gegenkandidaten 51.037 Stimmen; ungültig waren 103 Wahlmännerstimmen.

Der Verlauf der Wahlen in allen einzelnen Wahlbezirken ist, soweit irgend möglich, statistisch erfasst und im Tabellenwert niedergelegt worden. So wird zum ersten Male auch eine Uebersicht darüber geboten, wie stark die einzelnen Abgeordneten nach Landesstellen und Parteilagerungen durch jede der drei Abteilungen unterstützt wurden.

Nach den statistischen Uebersichten erhielten von den 443 Abgeordneten 271, das sind also drei Viertel, drei Viertel von den Wahlmännerstimmen der ersten und zweiten Abteilung. Von ihnen erhielten nur 16 weniger als die Hälfte und nur 8 weniger als ein Viertel der Wahlmännerstimmen der dritten Abteilung. Die Mehrheit der Wahlmänner der zweiten Abteilung führte in 335 Fällen und die der dritten Abteilung auch noch in 356 Fällen ihre Kandidaten ans Ziel.

Unter den 271 Abgeordneten, auf die mehr als drei Viertel der Stimmen der ersten und zweiten Abteilung entfielen, sind alle größeren Parteien in beträchtlicher Stärke vertreten, hingegen Sozialdemokraten, Polen usw., sowie „Wilde“ gänzlich. Für die Konservativen und das Zentrum war in solchen Fällen, wo die beiden oberen Abteilungen zu ihren Gunsten entfielen, auch in der unteren Abteilung eine Majorität vorhanden. Zweispaltiger war das Verhältnis bei den Nationalliberalen, von denen 7 Abgeordnete, die in der ersten und zweiten Abteilung die starke Mehrheit auf sich vereinigt hatten, in der dritten Abteilung noch nicht die Hälfte und zwei weniger als ein Viertel der Wahlmännerstimmen erlangten. Bei den beiden freisinnigen Parteien war diese Stimmenabgabe nach den Abteilungen noch mehr gestalpt.

Die politische Parteilagerung der Abgeordneten in den einzelnen Wahlbezirken wird von der Statistik und in Farbenbrud mit rücksichtsvoller Sorgfalt dargestellt. Auf diese Weise kommt zum Beispiel die Verdrängung der früher herrschenden Fortschrittspartei in den evangelischen Gebieten Ostpreußens, der feste Bestand des Zentrums in der Rheinprovinz, Westfalen und Oberschlesien, sowie der Konservativen in der Mitte des Staatsgebietes, das Hin- und Schwanken zwischen Freikonservativen und Nationalliberalen in Hannover, sowie zwischen diesen beiden Parteien und der freisinnigen Volkspartei in Schleswig-Holstein usw. deutlich zur Anschauung.

Ferner wird die Parteilagerung der Mitglieder des Abgeordnetenhauses statistisch behandelt. Bedeutungsvolle Verschiebungen sind hierauf in den letzten fünfzehn Jahren kaum erfolgt, wenn man davon abliest, daß die Freisinnige Volkspartei eine relativ beträchtliche Vermehrung ihrer Sitze erlangt hat, die Nationalliberalen und „Wilde“ eine erhebliche Einbuße erlitten haben, während die Sozialdemokratie zum ersten Male mit sieben Abgeordneten auf der Bildfläche erschienen ist. Gerade die beiden seit langen Jahren stärksten Parteien, die Konservativen und das Zentrum, haben ihren Bestand am stärksten noch vergrößert.

Als charakteristische Einzelheit sei schließlich ein Uebersicht über die Wohnorte der Abgeordneten erwähnt. Von den Abgeordneten hatten 128 (gleich 31 v. H.) ihren Wohnort außerhalb ihres Wahlbezirks und 66 (gleich 15 v. H.) in Berlin und Vororten. Am meisten bodenständig waren in dieser Beziehung die Vertreter der äußersten Rechten.

Der Blick auf die von uns hervorgehobenen Zahlen zeigt eigentlich schon, daß all die komplizierten Berechnungen über Steuerleistung in der I., II. und III. Abteilung überflüssige Kräftevergeudung ist. Das Dreiklassenwahlrecht hat sich mit jeder Wahl mehr als eine ganz brutale Vergewaltigung der Massen durch ein Bündel Junker und Kapitalisten erwiesen und was obenstehende Statistik an Ungerechtigkeiten enthält, das schreit zum Himmel!

Das Kampfbild des beginnenden Jahres 1910 liegt in diesen Zahlen. Die Sozialdemokraten gehen den gewaltigen Aufgaben mit Kampfesfreude und Unerschrockenheit entgegen.

Für Freiheit und Gleichheit

bei den Preußenwahlen lautet unser Kampfplan im Jahre 1910.

Wofür kein Geld da ist.

In umfangreichen Zusammenstellungen haben wir dieser Tage nachgemessen, welche Massen an Kapital und Prolet jahraus jahrein gefüttert und aus der Arbeit der produktiven Stände unterhalten werden, und Herr Schein hat dazu eine Rechnung aufgemacht, welche die Verwendung der ungeheuren Geldsummen im einzelnen nachweist.

Heute die Mehrheit. Wofür kein Geld da ist, weil alles in dem unerfährlichen Rahmen des Militarismus verschlingt, darüber gibt folgender Bericht aus Königsberg Aufschluß. Fort ist Vorkämpfer des Schiedsgerichts für Arbeiter, verheiratet mit E. Regierungsrat von Königsberg, in welcher Weise der Mann soziale Verhältnisse studiert und in

große Berechtigung ist, zeigen die folgenden Beispiele aus der letzten Zeit:

Einem kleinen Besitzer, dem die 10 Prozent Rente entzogen werden sollten, sagte er in der Verhandlung: „Aufstehen ist jetzt keiner. Gehen Sie mal den Schnabel! Die kleinen Besitzer sind die schlimmsten!“ Als der arme Kerl auch etwas erwiderte, sagte der Herr Regierungsrat: „Gehen Sie keine Volksreden hier!“ Und als nun der Besitzer meinte, er zahle keine Beiträge mehr, hieß es: „Scheren Sie sich raus! Den Kerl sollte man in Ordnungstrafe nehmen!“

Einer Wastherstochter, die Rente für ihren gebrochenen Arm weiterverlangte, sagte Herr von Krogh: „Was wollen Sie denn, das ist alles gut geheilt!“ Und als das Mädchen mit Hilfe ihrer Schwester doch zu ihrem Recht kommen wollte, machte der Herr Regierungsrat die Bemerkung: „Ein unverschämtes Publikum!“

Einem vom Leiterwagen überfahrenen Invaliden sagte er: „Ja, arbeiten, das kann heute keiner mehr. Da lägen sie einem die Hude voll, um Rente zu bekommen!“ Und schließlich sagte er zu dem armen Opfer: „Auf das, was Sie sagen, gebe ich gar nichts!“

Über einen blinden alten Mann urteilte der gefühlvolle Herr folgendermaßen: „Immer die alte Sache! Auf dem linken Auge ist der Mann von einem Aufschlagschlag fast blind, und nun tut ihm die Krub den Gefallen und schlägt ihn auch ins rechte!“ Dieser Mann wurde ebenfalls abgewiesen, weil kein Betriebsunfall vorlag.

Einem anderen Verletzten sagte er: „Für solche Kleinigkeiten gibts hier nichts, und Schmerzengeld gibts hier auch nicht!“

Einem Frau sollten nach dem Gutachten des Arztes 20 Prozent Rente zugesprochen werden, da sie an traumatische Neurose (einer Nervenkrankheit) leidet. Der Herr Regierungsrat sagte: „Der Arzt hat ja nun einmal festgestellt, daß Rente zu zahlen ist. Aber traumatische Neurose ist ein solcher Unsinn; ich brauche mich nur anzustellen, dann habe ich sie auch!“

Einem Führer und Maurer waren von der Berufsgenossenschaft seine 10 Prozent Unfallrente entzogen worden, weil der Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft keine Trübung des linken Auges als Unfallfolge mehr vorfand. Infolge eingeleiteter Berufung wurde nun ein Gutachten der Uniersitätsklinik eingeholt, das erklärte, daß der Verunglückte durch die Unfallfolgen im linken Auge noch 20 Prozent erwerbsbeschränkt sei. Der Herr Regierungsrat sagte: „Mit dem Gutachten ist doch gar nichts anzufangen. Ich werde auch nie mehr Patienten in die Uniersitätsklinik schicken. Der junge Arzt, der jetzt dort ist, hat noch keine Erfahrung!“

Diese paar Beispiele mögen vorerst genügen, um zu zeigen, wie die Rechte der Arbeiter in der Arbeiterversicherung gewahrt sind.

Wenn die Milliarden für Militär- und Marinezwecke verpulvert werden, müssen arme Invaliden in dieser Weise abgefertigt werden.

Das ist die Rehrseite der Militär-Medaille.

Politische Uebersicht.

Konervative Todesängste.

Gäbe es in Deutschland neben der Sozialdemokratie einen irgendwie ernst zu nehmenden bürgerlichen Liberalismus, so würde der preussischen Junkerherrschaft gar bald ein Ende gemacht. Das wissen die Junker sehr genau, sie fürchten, daß die nach hinter den liberalen Fraktionen stehenden Wähler, die doch keineswegs lauter Kapitalisten mit faulerhaltenden Interessen sind, erwachen und die Parteileitungen zu einem geschlossenen Kampf gegen rechts drängen könnten, der sich alsdann durch das Eingreifen der Sozialdemokratie zu einer wichtigen Niederlage der herrschenden Junkerherrschaft gestalten würde.

So phantastisch auch solche Besürchungen sind, so genügt offenbar schon die bloße Vorstellung davon, um die

Junker aus dem seetischen Gleichgewicht zu bringen. Die Politik der Konserverativen, die sonst so sicher und zweckbewußt schalten, ist zur Zeit völlig desorientiert, und die Verwirrung scheint mit jedem Tage noch zu wachsen. Die „Kreuzzeitung“ heißt zum Beispiel jetzt ihr Publikum nur noch mit so albernen Vorschlägen zu unterhalten, wie daß den Sozialdemokraten das passivste Wahlrecht entzogen werden und alle sozialdemokratischen Wahlen einfach kassiert werden sollen. Nun ist Unsinn solcher Art in konservativen Blättern, wenn auch nicht in der sonst ernster gehaltenen „Kreuzzeitung“, tagtäglich zu lesen und würde gar nicht verdienen, verzeichnet zu werden, wenn er nicht durch ein höchst komisches Zusammentreffen bemerkenswert wäre.

Zu gleicher Zeit nämlich, da die „Kreuzzeitung“ ihren neuen Vorschlag zur Lösung der sozialen Frage propagiert — ein Rezept gleichwertig dem bekannten Rezept gegen Zahnschmerzen, nicht daran zu denken, oder Wögel zu fangen, indem man ihnen Salz auf den Schwanz streut — erhebt die freikonservative „Post“ gegen die Konserverativen den Vorwurf, daß sie die Wahl von Sozialdemokraten begünstigten, indem sie ihr Verhalten bei freisinnig-sozialdemokratischen Stichwahlen von Gegenleistungen abhängig machen wollten. Tatsächlich sind ja die konservativen Parteiführer in vielen Fällen gar nicht imstande, ihre eigenen Wähler im Falle einer Stichwahl vom Eintreten für den Sozialdemokraten abzuhalten, wie die Vorgänge in Neustadt-Sandau und neuerdings wieder in Neustadt a. d. Orda (Sachsen-Weimar) gezeigt haben. Eine größere Inkonsequenz läßt sich wohl überhaupt nicht denken. Einmal heißt es: Sozialdemokraten sollten überhaupt nicht wählbar sein, und dann droht man den Freisinnigen, man werde sie gegen Sozialdemokraten durchstellen lassen, oder man geht hin und wählt in der Stichwahl sozialdemokratisch. So kann es bei einer Partei nur zugehen, wenn sich ihr etwas im Kopf verriecht hat.

Nach über die preussische Wahlrechtsfrage herrscht in der konservativen Partei die vollständigste Verwirrung. Während die einen jede Reform hintertreiben wollen, spekulieren die anderen auf eine konservativ-ultramontane Wahlreform, die dritten möchten wieder keine Zugeständnisse machen, um die Nationalliberalen auf die rechte Seite hindüberzuziehen. Auch hier trotz äußerlicher Einigkeit: so viel Köpfe, so viel Sinne.

Noch niemals seit dem Bestande des Deutschen Reiches hat es eine derartige politische Situation gegeben, eine Situation, in der ein kräftiger Stoß genügen kann, um den Turm der konservativen Junkerherrschaft zum Einsturz zu bringen. Die Junker sind ja sonst ziemlich harigeseitene Politiker, und es muß schon arg kommen, wenn sie, wie jetzt, offensichtlich beginnen, den Kopf zu vertieren. Aber noch hält sie eine Hoffnung aufrecht: die Hoffnung auf ihren, ihnen eruntertänigen bürgerlichen Liberalismus, der ihnen noch immer, sei es auch nur durch einen Mangel an Mut und Intelligenz, aus allen schwierigen Lagen geholfen hat.

Die Sozialdemokratie wird ihr Verhalten so einrichten, daß die Verantwortung für politische Versäumnisse einzig und allein dem Liberalismus zufällt. Je schwächer sich dieser erweisen sollte, desto größer wird der sozialdemokratische Erfolg bei den nächsten Reichstagswahlen sein.

Wollten aber die Liberalen ernstlich gegen die Junker kämpfen, so würden ihnen die Sozialdemokraten nach Kräften helfen.

Unnötige Aufregung.

Einige alldeutsche-nationalliberale Organe halten es für notwendig, die öffentliche Meinung durch die Mitteilung zu alarmieren, daß die deutsche Regierung der englischen gegenüber in der Flottenfrage einen Rückzug angetreten habe. Nach dieser Mitteilung, die angeblich von einer durchaus ernst zu nehmenden Persönlichkeit stammt, soll die deutsche Regierung beabsichtigen, auf den Ausbau der Flotte nach dem

bestehenden Flottengesetz zu verzichten, „weil man an der maßgebenden Stelle einschneidenden Wert auf eine Erleichterung der Situation England gegenüber legt.“

Aus dem gleichen Grunde soll die deutsche Regierung auch in der Frage der Bagdabbahn und der Schiffahrtskongessionen am Euphrat der englischen Regierung ein außerordentliches Entgegenkommen bewiesen haben. Die Gegenleistung der englischen Regierung soll aber einzig und allein darin bestehen, daß sie „gewisse Maßnahmen unterläßt, die als Gegenmaßnahme gegen die deutsche Politik geplant waren.“

Ob diesen Nachrichten irgend ein richtiger Kern innewohnt, wissen wir nicht; in der Darstellung der national-liberalen Presse tragen sie aber den Stempel eines blöden nationalistischen Schwindels deutlich an der Stirne. Immer mehr scheint sich der alldeutsche Nationalliberalismus darauf einzurichten, die Regierung, des neuen Reichstanzlers statt mit ehrlichen parlamentarischen Waffen durch lügnerische Äußerungen zu bekämpfen, die den Zweck haben, den nationalen Chauvinismus gegen die neue Regierung aufzustacheln. Daher die Begeisterung für die Gebrüder Mannesmann, das Märchen von dem deutschen Kotau vor dem französischen Volkschaftsvertreter in der Journalistenloge und jetzt die Tatarennachricht aus England.

Uebersüssig zu sagen, daß die Sozialdemokratie, solcher Methoden die „Opposition“ nicht mitmacht, sondern auf schärfste Brandmarkt und aufs äußerste bekämpft.

Von der „Not der Landwirtschaft“. Die Gutbesitzer in Ostpreußen machen ein feines Geschäft. Vor zwei Jahren erstand der Gutbesitzer von Post-Girnehlen das Gut für 160.000 Mk.; er verkaufte es jetzt an den Landwirt Müller aus Anahof für 192.000 Mk., verdient also 22.000 Mk. — Das Gut Graw Schmidt'sche Gut in Achubden brachte im Frühjahr 1902: 100.000 Mk.; es wurde vor 16 Jahren für 50.000 Mk. gekauft; jetzt ist das Gut von Besitzer Döring an Besitzer Wöhe für 157.000 Mk. verkauft worden. Seit dem vorigen Jahre ist dieses Grundstück in vierter Hand, so daß es jeder Besitzer durchschnittlich drei Monate besessen hat. Der letzte Besitzer hat innerhalb der drei Monate 15.000 Mk. verdient. Dazu kommt noch die Gesamteinnahme der diesjährigen Ernte an Hafer, Gerste und Stroh. Letzteres hat in diesem Jahre einen besonders hohen Preis.

Trotz der horrenden Einnahmen leiden die Agrarier nach wie vor die „größte Not“.

Der Direktor des Hansabundes. Der Mann, der bereit ist, als Direktor an die Spitze des Hansabundes zu treten, ist nach langem Suchen gefunden worden. Wie dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt wird, ist der Oberbürgermeister Alfred Knobloch in Bromberg der Erlorn. Als besondere Vorzüge werden an ihm gerühmt: rednerische Begabung, ferner der Umstand, daß er dem Kaiserlichen Hofe geholfen hat, die polnische Enteignungsvorlage durchzubrüden. In weltanschaulichen Fragen steht er angeblich auf dem Boden des Liberalismus, in politischer Hinsicht ist er freikonservativ. Vielleicht steht er auch noch in rechtlichen Dingen auf dem Standpunkt des Zentrum, dann könnte man ihn in der Tat als ein Universalgenie bezeichnen. Uebrigens: was muß der Hansabund seinem Direktor Gehalt zahlen, wenn dieser sich entschließt, seine Stelle als Oberbürgermeister anzunehmen?

Zur Einigung der Liberalen. Der Zentralausschuß der freisinnigen Volkspartei wird zur Beratung über Programm und Organisationsstatuten für die Vereinigung der drei linksliberalen Parteien am Sonnabend, den 15., und am Sonntag, den 16. Januar, im Reichstagsgebäude zusammentreten. Der Tagung geht am Sonnabend eine Sitzung des erweiterten geschäftsführenden Ausschusses voraus.

Das Programm der Demokratischen Vereinigung. Auf dem ersten Parteitage der Demokratischen Vereinigung ist der Beschluß gefaßt worden, dem nächsten Parteitage den Entwurf eines Parteiprogramms vorzulegen. Mit der Ausarbeitung dieses Entwurfs ist eine Kommission beauftragt worden, die unter Vorsitz des Herrn v. Gerlach getagt und ihre Arbeiten jetzt vollendet hat. Der Programmtext soll in der Nummer 1 des demokratischen Wochenblattes „Das freie Volk“ veröffentlicht und dann den einzelnen Vereinen unterbreitet werden.

Die tödlich wirkende Giftingselbe. Zur Illustration der amtlich behaupteten Unschädlichkeit des Giftings teilt ein Leser der „Berliner Morgenzeitung“ aus Pommern mit:

„Die offizielle Behauptung, daß bisher noch keine Tiere nach der Fütterung mit Giftingselbe gestorben seien, ist unrichtig. Mir sind vor ungefähr vier Wochen drei Schweine, je vier Monate alt, umgekommen. Ich kann das nur auf die Fütterung

Wiktoria.

Roman von Minna Reusitz.

80 | (Nachdruck verboten.)

Er will hinzutreten, will sehen, wer dieses arme unglückliche Opfer da sei, aber er steht wie festgenagelt, er will die Hüfte heben — er kann nicht. Eine Unruhe dünnt es ihm, daß er das Gesicht im feigen Jaudern und zuckender Qual und doch ist es ein Augenblick nur und er hört jetzt die Stimme Hannas sagen:

Der Arzt war auf dem Zimmer meiner Mutter, vielleicht finden wir ihn noch dort. In jedem Fall bringen Sie die Verwandte zu uns. Ich höre soeben, daß es ein Mädchen ist. Sie erlauben es doch, Herr Direktor, es soll ihr jede Hilfe werden!“

„Ich danke Ihnen, Fräulein“, sagte Polbi, „es gilt, hier rasch sein, sonst — die arme Franzel hat das Bewußtsein verloren.“

Oswald ließ das todblaue Antlitz gegen die Mauer zurückfallen, in halber Ohnmacht. Als er des Kampfes Herr wurde, der ihn erschöpfte, waren die Bahre, der Pecher und Hanna verabschiedet.

Ein Schrei löste sich von seinem Herzen; er stürzte hinweg, ihnen nach.

Gleichzeitig mit der Verbundenen langte er in Hannas Zimmer an. Er stieß alle beiseite und sank neben der Bahre nieder.

Er blinnte in das bleiche, schöne, geliebte Antlitz seiner Franzel.

„Du lebst, du lebst! Ich hab' Dich wieder, Franzel, mein Weib, mein alles!“ — Sie hatte soeben die Augen aufgeschlagen, traumhaft wie damals, wo sie in der Rutsche zum ersten Mal in seine Augen geblickt und wie damals hatte sie ein seltsames Lächeln.

Oswald! Hipelste sie.

Er warf sich über sie, er umfaßte sie, drückte die Lippen auf die Lächer, die ihren Leib umhüllten und lachte und weinte, fastungslos, von Krämpfen geschüttelt.

Aber der Pecher riß ihn empor.

„Wohin da sie führen? Hier ist die größte Schonung nötig. Sie soll nicht sprechen, nicht zu dem nicht — da — ich habe ihr einen Notverband angelegt, aber —“ fragte er leise hinaus — die Wunde ist tief und auf dem Hals —

Oswald war aufschreien bereit, bis in die Rippen

erschleichend. Die Hüften waren durch sein leidenschaftliches Ungestüm in Unordnung gebracht, eine weiße Schulter blinnte hervor und darunter der Saum eines blutigen Tuches.

Wenn die Wunde an dieser Stelle war, mußte die Lunge getroffen sein.

„Wo ist der Arzt? — Warum ist er noch nicht hier? Mein Gott, hier ist keine Minute zu verlieren!“

Er sprang gegen die Tür, einem Wahnsinnigen gleich; aber diese öffnete sich im selben Augenblick und der Erwartete trat mit Niemand ein.

„Retten Sie sie!“ rief Oswald, mit seinen heißen Händen die Nüchle Hand des Doktors erfassend, „haben Sie Erbarmen!“

Der Arzt wendete sich sofort der Verbundenen zu, um welche sich Hanna bemühte. Er schlug das Tuch, welches diese sorgfältig wieder an sie geschlagen, von der Brust zurück. Ihr Kleid, ihr Hemd selbst waren blutig und zerfetzt, aber ihre Nüchle hielt die Wunden über der zarten Brust zusammen.

„Bemerkungen Sie über nicht, mein Kind“, sagte er, indem er das Tuch, das unter den Arm gelegt und gegen den Hals hinan gebunden war, löste. Die Wundung ist gestillt, das ist gut — aber die Stelle — ich muß hier genau untersuchen. Ich bitte, sämtliche Personen, sich zu entfernen, ich benötige nur einen Assistenten.“

„Lassen Sie mich hier, ich stehe Sie darum an“, bat Oswald.

Der Arzt schüttelte den Kopf.

„Sie kann ich am wenigsten brauchen, junger Mann, ganz abgesehen, daß Ihr Puls 140 Schläge hat.“

„Sein fragender Blick auf Hanna, diese nickte ihm zu.“

„Ich will tapfer sein, Herr Doktor, Sie sollen mit mir zuriücken sein.“ Sie sagte es fest und entschlossen, mit jener echt weiblichen Empfindung, wo Hoheit und Demut sich vereint.

Die Herren hatten das Zimmer verlassen. Sie waren nach dem kleinen Salon gegangen und hatten der Entscheidung, dem Wiedererschienenen Hannas und des Arztes. Keiner sprach ein Wort; es war so still, daß man das Atmen und Zusammenfallen des Holzes im Kamin hörte.

Aber die Herzen pochten heftig und was sich in diesen beweglichen Mienen da zusammenbrängte an Hoffnung und Angst, an Entzagen und Verlangen, an Liebe und Pein, ist das Zwangsbewußte der Welt.

Hilf und Oswald starrten in die Flammen des Kamins, der Pecher stand am Fenster und sah in die dunkle, fernentlose Nacht hinaus.

Da stieß er eine Hand, die sich auf seine Schulter legte.

Er wendete sich um und blinnte in Oswalds Augen, die ihn mit einem so unsäglich traurig innigen Ausdruck befragten, wie ein um Vergebung stehender Sohn seinen Vater.

„Polbi!“ Die zuckenden Lippen konnten nicht mehr sagen.

Der Alte zog ihn an seine Brust. Oswald meinte und schluchzte an diesem treuen Herzen, als wolle das seine ihm brechen.

Der Pecher strich ihm zärtlich das Haar von der Stirn. „Herrn nicht, geh', set ein Mann!“ bemerkte er.

„Polbi, wenn sie mir sterben sollte, ach, Du weißt nicht, wie ich sie liebe!“

„Ich weiß das nicht —?“

„Fühlte Oswald den Aufruhr in der starken Brust des Freundes? Er war es nun, der ihn wie tröstend um den Hals nahm. Ihre Tränen mischten sich.“

Da ging die Tür, Hanna erschien in derselben. Sie schien völlig entsezt, aber in ihren Augen leuchtete ein Schimmer der hellsten Freude. Sie eilte auf Oswald zu, der ihr entgegenwankte.

„Ich bringe gute Nachricht. Der Stich traf die gefährlichste Stelle, aber die Waffe ist an der dritten Rippe abgeglitten und kein edles Organ ist verletzt. Sie kann in vierzehn Tagen geheilt sein. Sie wird leben — für Dich.“

Als Oswald in Dankbarkeit und fürstlichem Jubel sie umarmen wollte, entzog sie sich ihm sanft aber entschlossen.

Und wieder war es Sommer geworden und in Falkenbach wurde zum grünen Anker vom Pecher und seiner „Banda“ wieder einmal der „Emilien-Walzer“ gespielt, diesmal zu Ehren des neudarmhüllten Paares Paul und Emilie Huber.

Der alte Brandhofer hatte die Hochzeit ausgerichtet, es stand ihm zu, wie er betonte, und er wollte sich nicht spotten lassen. Und so sah er als Brautvater, ein Sträußchen im Knopfloch, ein breites Lächeln um den rasierten Mund, am obersten Ende eines langen Halses und schloß sich in seiner ganzen Autorität als Oberhaupt der Familie.

Haus und Keller waren verkauft; in seinem Geschäft beschränkte er sich auf Reparaturen; aber was ihn in seiner Herabgekommene tröstete, war, daß der Bräutigam auch nicht mehr auf dem hohen Ross saß. Seitdem in Neustadt eine große Fabrik für Reis, Hafer und Stallrequisiten sich etabliert, welche, wie sie überall amoncierten, komplettes Sattelzeug für 24, komplettes Brustgeschirr für 40 und komplettes Summezeug für 60 Gulden lieferte, war es auch um Pecher Bräutigam

geschaffen. (Schluß folgt.)

mit Cofingerer zurückführen. Die Tiere haben nach der dritten Fütterung innerhalb vierundzwanzig Stunden. Könnte man da nicht jemand verantwortlich machen? Für die dominierten Schweine ist also das Essen weit gefährlicher, als für die Vorliebhaber in Schleswig-Holstein. Nur die hässlichen Schweine auf dem Gute Nochen werden von dem Essen die und fett.

Wieder eine militärische Reform. Durch Kabinettsordre ist bestimmt worden, daß der Karabinerrod für Generale verabschiedet werden soll. An seine Stelle tritt ein einfacher Wasserrod. Der Termin für die nächste Abänderung der Generalsuniform ist noch nicht bestimmt, lange wird's aber nicht dauern.

Stadtverordneter Mugdan verabschiedet. Nachdem das Oberverwaltungsgericht die Wahl des im 6. Berliner Gemeindevwahlsbezirk der zweiten Abteilung bis Ende 1918 gewählten Stadtverordneten Dr. Mugdan für ungültig erklärt hat, hat der Berliner Magistrat die Ersatzwahl am Dienstag, den 11. Januar 1910 festgesetzt. Von den Freistellenden ist der Geh. Sanitätsrat Dr. Sierberg als Kandidat aufgestellt worden. Herr Mugdan ist also schließlich verabschiedet worden.

Verhafteter Espion. In einem Hotel in Mainz wurde der ehemalige französische Unteroffizier Josef Labourette, der seit Jahren im Dienste der französischen Regierung als Spionagetwecken gestanden hat, verhaftet. Labourette, der in Frankreich wegen Untreueverurteilung um 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war, gelang es zu entfliehen. Er fand in Luxemburg Stellung als Kammerdiener bei einem höheren Beamten, dem er für 50.000 Francs Wertpapiere und 11.000 Francs Bargeld entwendete. Er floh dann nach Deutschland, wo er sich an verschiedenen Orten unter falschem Namen niederließ. Schließlich verlegte er seinen Wohnsitz nach Mainz, wo er in einem Hotel Wohnung nahm. Dort wurde er gefangen verhaftet. Unter seinen Effekten fand man noch einen Teil der gestohlenen Wertpapiere, außerdem eine große Anzahl von Photographien, von militärischen Plänen, von Karten von Festungsanlagen und eine Menge von Notizen, aus denen hervorging, daß der Verhaftete mit mehreren französischen Offizieren in Verbindung gestanden hat.

Ausland

In der Erwählung des Reichstages hat die Norddeutsche Allgemeine Zeitung folgende Notiz: „Leider die Ermordung des deutschen Reichstags durch die italienischen Konsularagenten. Demonten liegen genannte Nachrichten noch nicht vor. Nach Mitteilung der italienischen Behörden sind die beiden Reisenden auf dem Wege von Genua nach Mosca bei Taiz von Aufständischen ermordet und einige Gendarmen in ihrer Begleitung verwundet worden. Wo die Leichen sich gegenwärtig befinden, ist noch unbekannt. Die deutsche Regierung hat alsbald in Konstantinopel die erforderlichen Schritte zur Verfolgung der Schuldigen getan. Die Morde hat mit dem Ausdruck des Bedauerns über das Geschehene mitgeteilt, daß die strengste Untersuchung telegraphisch angeordnet worden ist. Die Reisenden waren von dem italienischen Konsul in Lobeida vor Antritt ihrer Reise auf das Gefährliche ihres Unternehmens hingewiesen worden. Durchardt war auch schon im Jahre 1907 bei seiner letzten Anwesenheit im Venedig von dem kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel schriftlich darauf aufmerksam gemacht worden, daß ausschließlich der dort herrschenden Zustände keinerlei Garantie für seine Sicherheit bestehe. Organüber andere lautende Meldungen sei festgestellt, daß Durchardt keinerlei amtliche Bezeichnungen oder Aufträge gehabt hat und im Venedig lediglich als Privatmann gereist ist.“

Enrico Ferri und die sozialistische Partei. Aus Rom schreibt uns eine Parteikorrespondenz: Als zum Kongress von Rom im Jahre 1906 war Genosse Ferri der Führer des sogenannten revolutionären Flügels der italienischen Partei. Dieser Flügel lehnte natürlich den Eintritt eines Sozialisten in ein Kabinett unbedingt ab, ebenso wie jede systematische Unterstützung eines Ministeriums durch die Parteifraktion; von Fall zu Fall ließ er die Möglichkeit offen, für ein Kabinett zu stimmen. In Rom selbst trugen die sogenannten Integralisten den Sieg davon, eine gemäßigt reformistische Konzentration, die auch nichts von dem Eintritt eines Sozialisten in ein Ministerium wissen wollte. Der letzte Parteitag von Florenz (1908), der den Reformisten die Mehrheit verschaffte, änderte an dieser Haltung nichts: die theoretische Sympathie der italienischen Reformisten für die Teilnahme an der Regierung fand in der praktischen Situation, die die Diktatur Giolittis gezeitigt hatte, keinerlei Gelegenheit, sich zu verwirklichen, weshalb die Reformisten in der Resolution des Florentiner Parteitages keinen Wert darauf legten, diesen heikelsten Punkt ihres Programms zu berühren.

Während der jüngsten Ministerkrise ist nun in der italienischen Partei eine einigermassen paradoxe Situation zu Tage getreten. Genosse Ferri, der schon nach seiner Rückkehr aus Südamerika in einer Parlamentsrede den König aufgefordert hatte, die in den südamerikanischen Republiken lebenden Italiener zu besuchen, hat sich in wiederholten Unterredungen bürgerlicher Blätter für eine Unterstützung des damals in der Bildung begriffenen Kabinetts Comino Ventolo ausgesprochen. In einem der Interviews kam sogar der Satz vor: „Wenn der König mir die Ehre gegeben hätte, mich zu rufen...“: wobei Ferri der Krone den Rat schlug, den Republikaner Pantano mit der Bildung des Ministeriums zu betrauen und die Möglichkeit des Eintritts von Parteigenossen in das Kabinett ins Auge zu fassen. Diese Äußerungen wurden natürlich von der bürgerlichen Presse ausgeklammert. Der Sekretär der Parlamentsfraktion, Genosse Morgari, erklärte in einem Interview der reformistischen Tageszeitung „Tempo“, daß die Fraktion bei ihrer nächsten Sitzung sich mit der Haltung Ferris beschäftigen würde und sprach die Vermutung aus, daß Ferri selbst seine Loslösung von der Partei durch Fernbleiben von der Fraktionsführung offizielles kundgeben würde. Soweit hatte sich die Situation zugespielt, als Ferri dem römischen Korrespondenten des Mailänder „Corriere della Sera“ Erklärungen abgab, die keinerlei Zweifel über die prinzipielle Umwandlung lassen, die sich in Ferris' Ansichten in den letzten Jahren vollzogen hat. Der ehemalige Führer des revolutionären Flügels sagt hier, daß er ein Gegner der Teilnahme an der Regierung gewesen sei, solange die politischen und wirtschaftlichen Organisationen des italienischen Proletariats schwach und unzulänglich gewesen wären. Heute halte er die Arbeiterschaft für genügend organisiert, um den Eintritt von Sozialisten in ein Reformkabinett, wünschenswert zu machen. Mit der Parlamentsfraktion seiner Partei hätte er sich allezeit wenig solidarisch gefühlt, weshalb er immer mehr unter den Waffen als in der Kammer gekämpft hätte. Zeit der letzten Wahlen sei er sogar den Fraktionsführungen fern geblieben. Weiter hat Ferri all die Gründe angeführt, die ihm für den Eintritt der Sozialisten in ein Ministerium zu sprechen scheinen. hat die Vermutungen zurückgewiesen, die seinem Gewinnswechsel persönliche Motive unterschieden und hat erklärt, daß es ihm notwendig erschiene, die heute zur Diskussion stehende Frage einem Parteitag vorzulegen, anstatt sie durch seine einmalige Auslösung aus der Parteifraktion zu lösen. Seine tatsächliche Loslösung von der Fraktion hat er nicht in Abrede gestellt: daß diese Loslösung nicht einem Aufgeben der Parteigrundsätze gleichzusetzen ist, geht schon aus dem Umstand hervor, daß Ferri als seinen Richter den Parteitag anruft.

Die Parteifraktion von Suzzara, einer Stadt im Wahlkreis Ferris, hat soeben eine Resolution angenommen, in der sie die Haltung ihres Abgeordneten als den Wünschen seiner Wähler nicht entsprechend kennzeichnet und ihn auffordert, sich vor einem Kongress des Wahlkreises zu rechtfertigen. Schließlich veröffentlichte der „Tempre Avanti“, die von Morgari geleitete sozialistische Wochenzeitschrift, einen Brief des Genossen Paoloni, der Ferri die Frage vorlegt, ob er gewillt sei, einem etwaigen Auf zum Eintritt in ein Ministerium Folge zu leisten oder nicht. Das Besondere Interesse, das die Partei dem Fall Ferri ent-

gegenbringt, beruht nicht auf den Behauptungen als solchen, denn ähnliche und selbst noch weiter gehende wurden bereits von den Genossen Zerbolio, Brampolini und anderen abgegeben: es beruht auf dem Widerspruch, in den sich Ferri durch seine heftige Haltung zu seiner gestrigen Führerrolle stellt.

Eine neue Friedenskonferenz. In der französischen Kammer fordert Mounier die Regierung auf, die Initiative zu einer neuen Friedenskonferenz im Haag zu ergreifen unter Unterstützung der interparlamentarischen Konferenz für das unter allen Umständen obligatorische Schiedsgericht für die Einbeziehung der Mächte einzutreten. Der Kabinett Fescheur tritt für die nämliche Forderung ein. Er weist sehr bereit auf das Beispiel hin, das Deutschland und Frankreich bei dem Bruchfall von Casablanca gegeben hätten, obwohl es sich dabei um eine Frage des nationalen Prestiges und der Ehre gehandelt habe. Minister Michon beantwortete ausführlich die beiden Anfragen. Er schilderte die Haltung Frankreichs auf der letzten Konferenz im Haag, deren positive Anträge übrigens der Kammer zur Ratifikation unterbreitet seien. Frankreich sei für das obit arische Schiedsgericht. Der Minister läßt hinzu, daß die interparlamentarische Union seine volle Sympathie besitze, da diese Union ein Unternehmen der Propaganda sei und daß die Einberufung einer neuen Konferenz im Haag eine delikate diplomatische Vorbereitung erfordere. (Debatter Beifall.)

In der Nachmittags Sitzung wurde über die von Parodie (reklam) und Presse (Soj.) eingebrachte Interpellation verhandelt, in der Frage gefaßt wird über die Schwierigkeiten, die Angehörigen des Reichs, Freidenken und Israeliten, die in Russland reisen oder sich aufhalten wollten, gemacht würden. Die Kammer nahm darauf fast einstimmig eine von Parodie vorgelegene Tagesordnung an, in der das Vertrauen ausgesprochen wird, daß die Regierung zum Zwecke des Abschlusses von Verträgen über diese Frage mit Russland verhandeln werde.

Die kompromittierte Regierung. Am 30. h. Mts. findet in Belgrad vor den Gerichten die Verhandlung gegen den Postpraktikanten Scotie statt. Derselbe wird beschuldigt, 12.000 Dinar Staatsgelder veruntreut zu haben. Scotie behauptet, daß er diese Beträge im Auftrag des Ministers des Äußeren, Milowanowitsch, während der vorjährigen diplomatischen Krise für vertrauliche Zwecke in Bosnien verausgab habe. Er beruft sich auf 28 Zeugen, darunter den Ministerpräsidenten Pašić. Die Verhandlung wird, weil die Regierung dabei engagiert ist, unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden.

Von Gewerkschaften und Genossenschaften in der Schweiz. Die Schweizer Gewerkschaftsbewegung stand ursprünglich ganz auf sozialdemokratischem Boden. Vor zehn Jahren setzte eine Bewegung unter Führung des Arbeitersekretärs Genossen Greulich ein, deren Ziel die Neutralität der Gewerkschaften und, dadurch ermöglicht, der Anschluß der katholischen Arbeiterbewegung vereinigt sind, an die Gewerkschaften war. Greulich drang durch. Der Gewerkschaftsbund erklärte die Erklärung der Parteiführung durch ein wenig besagenes Bekenntnis zum „sozialen Fortschritt“. Die Christlichen konnten eintreten. Sie waren auch bereit; nur einige kleine Wünsche hatten sie: Aus den Abteilungen der Gewerkschaften sollten alle Schriften entfernt, in den Gesprächen bei den Zusammenkünften sollten alle Äußerungen verpönt werden, die geeignet seien, das brüderlich recht empfindliche religiöse Gefühl der Anwesenden zu verletzen. Da eine solche Zensur natürlich nicht anerkannt werden konnte, blieb die ganze Aktion ohne Ergebnis. Man hatte die Beschaffenheit der Christen und die Aufrichtigkeit ihrer Intentionen etwas zu hoch eingeschätzt und den klaren sozialdemokratischen Standpunkt ohne Not preisgegeben. Dazu kamen die Erfahrungen der letzten Jahre, die immer deutlicher den demokratischen Staat als Werkzeug der Unternehmer, die Truppen als Masse der Kapitalisten im Lohnkampf darstellten. So hat die freie Gewerkschaftsbewegung, die natürlich zu seiner Zeit anderswo als bei der Partei Unterstützung auf politischem Gebiet gefunden hat, die Folgerungen aus den Tatsachen gezogen. Das Sekretariat des Gewerkschaftsbundes hat sich damit einverstanden erklärt, daß Gewerkschaften, deren finanzielle Verhältnisse es gestatten, die Partei direkt unterstützen können; je reichlicher, desto besser. Ferner sollten bei außerordentlichen Aktionen die Gewerkschaften der Partei Beiträge zuwenden. Demgemäß sei dann auch eine Vertretung der Gewerkschaften auf den Parteitagen zu erstreben. Dem Bundeskomitee soll der Entwurf einer dahingehenden Vereinbarung demnächst vorgelegt werden. Das „Volksrecht“ begrüßt diese Haltung namentlich mit Hinblick auf die in der Schweiz besonders große Zahl der Ausländer, die gewerkschaftlich organisiert, aber von der direkten politischen Betätigung naturgemäß ausgeschlossen sind.

In Zürich und Basel haben sich innerhalb der Gewerkschaft der Gipser und Stukkateure Genossenschaften zur Ausführung von Bau- und Reparaturarbeiten gebildet. Der Mitgliedsanteil beträgt nur 30 Franken. Der Mitgliedsbeitrag soll nach Verzinsung des Antrittskapitals mit 4% Prozent vollständig dem Reserve-, Bau- und Dispositionsfonds zufließen. — Auch bei den Metallarbeitern wird die Gründung von Produktivgenossenschaften ernsthaft erwogen. In Italien gibt es bekanntlich Arbeitergenossenschaften in großer Zahl, die namentlich im Straßenbau Bedeutendes leisten.

Eine Genossenschafts-Apothekeliste, wie in Genf schon seit geraumer Zeit eine besteht, ist nun auch in Winterthur, Kanton Zürich, ins Leben getreten. Natürlich hatte und hat sie mit dem härtesten Widerstande der Privatapothekenbesitzer, deren privilegierte Ausschleierung durch sie ernstlich bedroht ist, schwer zu kämpfen. Unerwartet wurde ein beachtlicher Hauskauf des Komitees hintertrieben. Als Abhilfe geschaffen wurde, verlagte die kantonale Gesundheitsdirektion die Konzeption, da nach dem veralteten Medizinalgesetz von 1854 Apotheken nur von dem Eigentümer selbst betrieben werden können. Der Regierungsrat hat indessen auf Rekurs der Genossenschaft diese Entscheidung aufgehoben, da die betreffende Vorchrift heute nicht mehr durchführbar sei, der Staat auch kein Interesse am Eigentümer der Apotheke habe, falls sie nur von einem patentierten Apotheker geleitet werde. Als letztes Mittel wird nun der Appell angewandt. Allen Lieferanten von pharmazeutischen Artikeln, Medikamenten u. dergl. ist, soweit sie dem Verbande der Apothekenbesitzer angehören, schwere Strafe, andernfalls Entziehung der Lieferung an alle Verbandsmitglieder angedroht worden, falls sie an die geschützte Genossenschafts-Apothekelieferanten. Alles, selbst unfaubere Mittel verschiedener Art, konnte aber die Gründung der Apotheke nicht hindern, die sich nun auch, der Chikanen der Monopolisten ungeachtet, täglich entwickeln wird. Ähnliche Kämpfe hat auch die Genossenschafts-Apothekeliste in Baden, Kanton Aargau, führen müssen, und siegreich bestanden. Die gleichen Bestrebungen in Biel, Kanton Bern, sind dagegen bisher am Widerstande der Parzivalbesitzer gescheitert. Schließlich wird sich auch dieser nicht aufrechterhalten lassen und die genossenschaftliche Versorgung mit Arzneimitteln, die neben humanen Einrichtungen gleicher Art berufen ist, die Bedürftigsten gerade in der schlimmsten Not vor größter Ausbeutung zu schützen, sich durchsetzen.

Ein Wordingsschlag gegen den Prinzregenten von China. Die „Köln Zeitung“ meldet aus Schanghai vom 27. h. Mts.: Ein Revolutionär aus Schanghai hat in Peking einen Wordingsschlag gegen den Prinzregenten Li-Chun in dem Augenblicke verübt, als dieser vor seinem Palast den Wagen verließ. Durch einen Dolchstoß wurde Prinz Li-Chun am Hinterback leicht verletzt. Der Wundverlauf war gering. Der Verletzte wird sich vollständig erholen. Der Täter ist verhaftet. Die Stadt Pekina ist vollkommen ruhig.

Zunker und Kleinbauern.

Von jeher haben es die ostelbischen Zunker verstanden, sich als die berufenen Vertreter der Landwirtschaft und der ganzen landwirtschaftlichen Bevölkerung hinzustellen. Mittels die Zunker an den Folgen ihrer eigenen Miswirtschaft und Verschulbung, so jammerten sie über die Not der Landwirtschaft; füllten sie ihre Taschen durch Bölle und indirekte Steuern auf Kosten des arbeitenden Volkes, unterstützten sie die Bureaucratie, den Militarismus und Marinismus und die Kolonialpolitik, um ihrer Stippstaff einträgliche Beamten- und Offiziersposten zu verschaffen, so taten sie das alles angeblich im Interesse der Landwirtschaft und der nationalen Wohlfahrt. Immer wußten sie ihre eigener persönlicher Interessen umzusetzen in Interessen der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung und der ganzen Nation. In Wahrheit haben sie stets einzig und allein für das Wohl der Großgrundbesitzer und Großbauern gesorgt. Denn kann von einer Interessensvertretung der Landarbeiter durch die sie bis aufs Blut ausbeutenden Zunker absolet keine Rede sein, so steht auch die nach Millionen zählende Klasse der Kleinbauern in scharfem Interessengegensatz zum Großgrundbesitz.

Die Großgrundbesitzer verteuern den Kleinbauern durch ihre Politik der Schutzzölle und indirekten Steuern die Futtermittel, die Lebensmittel, die Industrieprodukte und die Genussmittel. Durch ihr Eintreten für den Militarismus und Marinismus und die Kolonialpolitik fallen sie ihnen hohe Steuern und Abgaben auf. So drücken die Zunker die Lebenshaltung der Kleinbauern herab. Um die Mittel für die Steuern und Abgaben und für die verteuerten Bedarfsartikel zu erschwingen, sind die Kleinbauern gezwungen, Produkte ihres eigenen Betriebes, die sie sonst selbst verzehren könnten, zu verkaufen und sich mit minderwertigen Ersatz zu behelfen. Es gibt genug Kleinbauernfamilien, bei denen das ganze Jahr keine Butter auf den Tisch kommt, weil sie ihre gesamte Produktion an Butter wegen ihres Geldmangels verkaufen müssen. Die Zunker sind 1907 bei den Hottentottenwahlen auf dem „nationalen Schwein“ in den Reichstag hineingeritten, weil sie in der Agitation bei den Landarbeitern und Kleinbauern mit den höchsten Schweinepreisen paradierten konnten. Sie verschwiegen es den sogenannten kleinen Leuten wohlweislich, daß diese ohne die Steuerpolitik der Zunker ihr gemästetes Schwein nicht hätten zu verkaufen brauchen, sondern selber hätten schlachten können. Auch indirekt schädigen die Zunker die Kleinbauern: sie verschleierten durch ihre volksfeindliche Politik die Lebenshaltung der industriellen Arbeiter, während gerade die Kleinbauern ein großes Interesse an einer kaufkräftigen Arbeiterklasse haben, bei der sie die Erzeugnisse ihres Betriebes absetzen können.

Die politische Macht in den Gemeinden liegt in den Händen der Großgrundbesitzer und Großbauern. Von sämtlichen politischen Ämtern in der Kreisverwaltung sind von ihnen oder ihrer Sippe besetzt, und es ist selbstverständlich, daß sie ihre Macht im eigenen Interesse gegen das Interesse der Kleinbauern und Landarbeiter wohlweislich nutzen. Durch das Eintreten der Zunker für das Dreiklassenwahlrecht, durch ihre ganze rücksichtslos, kulturfeindliche Betätigung in den gesetzgebenden Körperschaften treten die Zunker die Interessen der Kleinbauern mit Füßen. Trotzdem erachten sie es als die natürliche Pflicht der Kleinbauern, ihnen als Stimmvieh zu dienen.

Bisher hat noch immer ein großer Teil der Kleinbauern den Zunkern politische Gefolgschaft geleistet. In der letzten Zeit mehren sich jedoch die Anzeichen, daß auch sie sich von der Vormundschaft der Zunker zu befreien beginnen. Die Reichstagsersatzwahl in den landlichen Wahlkreisen haben gezeigt, daß ebenso wie die Landarbeiter auch die Kleinbauern immer mehr von den Sozialdemokraten und Nationalliberalen abfallen und den Sozialdemokraten ihre Stimme geben. Die Reichsfinanzreform hat bei manchem Kleinbauer aufstrebend gewirkt. Die Ablehnung der Erbschaftsteuer, die ihn nicht betroffen hätte, und die Einführung der neuen indirekten Steuern ließen ihn die Kameradschaft in ihrem wahren Wert erkennen.

Unter den politischen Parteien ist die Sozialdemokratie die einzige, welche tatkräftig für die wahren Interessen der Kleinbauern eintritt. Die Kleinbauern haben das höchste Interesse an einer freibürgerlichen, kulturellen Entwicklung, an der Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts und Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in Staat und Gemeinde, an der Bekämpfung des Militarismus und der Weltpolitik, an der Befreiung der Unterherrschaft, an der Niederrückung des Kapitals und Einführung einer planmäßigen Produktion. Sie können sämtliche Programmpunkte der Sozialdemokratie unterschreiben. Die politische Erklärung wird viele Tausende von Kleinbauern für die Sozialdemokratie gewinnen und damit eine der wichtigsten Machtpositionen der Unterherrschaft untergraben!

Beräume niemand.

sich als Protest gegen die neue

Volksausplünderung

eine entschiedene volksfreundliche Zeitung zu bestellen.

Ein solches Blatt ist die

„Volksmacht“

die zum Abonnementpreis von 20 Pf. pro Woche vom Kolporteur frei ins Haus gebracht wird.

Bestellungen nimmt entgegen

Die Expedition der „Volksmacht“, Dresden, Kleine Brauplatzstraße 5/6.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer (Sitz Gotha)

Fittale Breslau.

Am 25. ds. Mts. verstarb unser langjähriges Mitglied
Herr Joseph Matzke

im Alter von 57 Jahren 4 Monaten. 6210
Beerdigung: Mittwoch, den 29. ds. Mts., mittags
10 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Allerheiligen-Hospitals.
Der Vorstand.

Am 28. ds. Mts. verstarb nach langer Krankheit die Frau
unseres Freundes und Verbandskollegen, des Maschinen-
arbeiters **Anna Bindig, geb. Ulbrich.**

Ehre ihrem Andenken! 6213

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau
des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Beerdigung: Mittwoch, den 29. ds. Mts. in Bunzlau.

Stadt-Theater.

Dienstag, nachmittags 3 Uhr:
„Der kleine Däumling“.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Mignon“.
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr:
„Der kleine Däumling“.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Carmen“.
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr:
„Der kleine Däumling“.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Der liegende Holländer“.
Freitag, nachmittags 3 Uhr:
„Der kleine Däumling“.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Orpheus in der Unterwelt“.
Sonnabend, nachmittags 3 Uhr:
„Der kleine Däumling“.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Der Barbier von Sevilla“.
„Die schöne Galathee“.

Viktoria-Theater

Monat Dezember:
Ringkampf
um die Europa-Meisterschaft
mit 5000 Part in der
Auseinandersetzung
Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Privat-Handelschule
„Barber“
Breslau 5,
Gartenstrasse 57,
Telefon 2147.
Beginn neuer Kurse
Anfang Januar 1910.
Prosp. grat u. franko!

Erich Barber
vorm. Hainrich Barber,
Bücher-Revisor
Breslau 5, Gartenstr. 57
Telefon 2147.
Bilanzen, Steuer-
Erklärungen, Anlage u.
Führung mod. kaufm.
Bücher. Ausserge-
wöhnliche Vergleiche.

Labier- u. Violinunterricht monatl.
5 Pfl. Alte Talschule, 20, III.
7712

Heizer

Lehrer u. Violinunterricht monatl.
5 Pfl. Alte Talschule, 20, III.
7712

Zum Umzuge kaufe
alle Möbel, Vertikals, Sofas, Bettstellen,
Kommoden, ganze Stuben-Einricht. etc.
W. Röhler, Wähler, Gartenstr. 36, 6213

Trauerhüte

in größter Auswahl und
billigsten Preisen. 6211

Hulda Siedner
Schmiedebrücke 15/16
Ede Kupfer- und
Eisenarbeiten.



**Knöpfe,
Besätze,
Spitzen,
Schweißblätter,
Futterstoffe,
Gürtel,**
spottbillig.
Albert Fuchs,
Schmiedniederstraße 49.

Kohltabake
in großer Auswahl
Carl Reiber & Rode
Breslau I, C. 22.

Colosseum

: Nikolaistr. 27. :

Größtes Kinematographen-
Theater Schlesiens. ::
Diese Woche das
vorzügliche Weihnacht-
Programm!
Täglich:
Dauer-Vorstell.: 5-11 Uhr.
Entree 25 Pfg.

Volksbräu 9 Pf.

woblgeschmeckt, alkoholfrei
1 gebr. Sing. Nähmaschine für
21 Mark
in Rosenfeld, Wienmarkt Nr. 1. 18881

Striegau. — Wahl-Verein.
Großes Silvester-Vergnügen

im 6214
Fürst Bismarck und Bierquelle
bestehend in:
Humoristischen Vorträgen und Tanz.
Auftreten der Humoristen
Bruske und Lengfeld aus Altwaifer und Hampe-Biegats.
Anfang abends 8 Uhr.
Es ladet zu zahlreichem Besuch ein **Der Vorstand.**

Festgeschenke!
Beilmethode von Waten, Leyton, Weltall und Menschheit etc. gegen
bequeme monatliche Teilzahlung. Alle Schul- u. Schreibmaterialien kaufen
zu Preisen am besten in der Buch- und Papierhandlung von
Fritz Joachim, Girschstraße Nr. 77.
Reinjahrestarke größte Auswahl.

Fort mit den teuren Zündhölzchen!

Unser „Viktoria“-Feuerzeug ersetzt die teuren Zündhölzchen!
Der billige Preis gestattet jedem die Anschaffung.
„Viktoria“-Feuerzeug. Neu!
Allerhöchste Feuerzeugung der Gegenwart!
Unverwundlich für Kinder!
Hochrein verpackt, in der Welt-
weite zu tragen.
per Stück mit 1 St. Metall Nr. 1 —
3 Stück Nr. 2, 30
Einlage-Verpackung.
Solider Feuer-
Verband gegen Nach-
nahme oder Dornerein-
leitung des Betrages.
Bei Vereinhaltung
2 Pfl. Porto in
Schiden. Nach
in die extra
Kauptstadt mit
ca. 4000 1/2 gen-
standen über Solinger Stahlwaren, Haus-
und Küchengeräte, Gold-, Silber- und Lederwaren, Uhren, Pfeifen, Multiverten,
Spielwaren etc. gratis und franko an **Seemann.**
Marcus & Hammesfahr, Fabrik, Wald-Solingen

Zuerst erschienen:
**Das Reichs-Regiment
auf der Anklagebank.**
Rede des Reichstags-Abgeordneten
Dr. C. David
nach dem amtlichen Stenogramm über die
Sitzung des Reichstages am 30. März 1909.
Sie gibt einen klaren Überblick über die großen
Probleme der inneren Politik, die zurzeit im Vorder-
grund des öffentlichen Interesses stehen. Mit schnei-
dendem Bogen wird das flüchtige Vergehen des Wilhel-
mischen in Sachen der Finanzreform und der Ver-
fassungreform gezeichnet. Auch sind die Enthül-
lungen über die Geheimkonferenz der Großenherren
von hervorragender agitatorischer Bedeutung. Zum
Schluss stellt Genosse David dem fortschrittlichen, herrschen-
den System die großen wirtschaftlichen, politischen
und kulturellen Forderungen der Sozialdemokratie
in überaus wirksamer Weise entgegen.
Preis 15 Pf.
Buchhandlung „Volkswacht“.

Das Buch der Könige
von Felix Salten.
Mit Zeichnungen von Leo Kober.
Nur 60 Pfg.
Gute Remittenden-Exemplare.
Buchhandlung „Volkswacht“.

Niedrige Fänge Billige Preise



Wir empfehlen aus heute eingetroffener Waggonsladung:
Brachter, frisch, Badischellfisch pro. 15, 4 pro. 50 Pf.
Große grüne Heringe 15, Goldbarsch 18, Cabliou 23 Pf.
Feinsten Angellschellfisch pro. 25 Pf., ff. Fischkotelette pro. 60 Pf.
Diese Preise gelten für heute und morgen.

D. D.-F.-G. Nordsee.

Zentrale Stadtbahnbogen und beide Markthallen. 6211

Als praktische Festgeschenke

empfehle 5711
Sportkitteln, Regenschirme, Spazierstöcke, Brandmal-Artikel u. a. m.
Anseht preiswert.
Richard Ehrenberg, Pirschberg, Warmbrunnerplatz 9

Nur Fabrikpreise!
Metal-Bettstellen
für Kinder und Erwachsene in allen
Ausführungen.
Voller, weiche, waschbare,
Matrassen, Kissen in un-
erreicht billigen Preisen.

Bettfedern, Danner, fertige Betten
überall empfohlen und versendet das bekannte, bestrenommierte
**Breslauer Eisenmöbel-Fabrik-Lager und
Betten- und Bettfedern-Versandhaus
Max Heinrich, Gartenstr. 61. — Teleph. 9288.**
Katalog gratis.

Arbeiter-Gesundheitsbibliothek.

Die Gesundheit ist des Arbeiters einziges Gut. Erhaltung
der Gesundheit ist gleichbedeutend mit Erhaltung der Arbeitskraft. Darum
ist der Arbeiter an der Hygiene, derjenigen Wissenschaft, welche von der
Erhaltung der Gesundheit und Krankheitsverhütung handelt, in noch höherem
Grade interessiert als der Weibliche.

In gemeinverständlicher Darstellung, unter besonderer Berücksichtigung
der Arbeiterverhältnisse sollen in loser Folge die für den Arbeiter
wichtigsten Abschnitte aus dem weiten Gebiet der Gesundheitspflege von er-
fahrenen Ärzten bearbeitet werden, so zwar, daß jedes Heft für sich ein
abgerundetes Ganzes bildet.

- Bisher erschienen:
1. **Die erste Hilfe bei Unglücksfällen.**
 2. **Das erste Lebensjahr,** von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
 3. **Gesundheitspflege des Nervensystems.** Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
 4. **Der Achtsundentag,** von Dr. Zabel. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
 5. **Alkoholfrage und Arbeiterklasse,** von Dr. Fröhlich. Eine empfehlenswerte Agitationsbrotschüre.
 6. **Das Schulkind,** von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck dieses Büchleins.
 7. **Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten,** von Dr. Gebert. Belehrend über diese, für jeden Menschen wichtige Frage.
 8. **Nahrung und Ernährung,** von Dr. Charles. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
 9. **Wie sollen wir uns kleiden?** von Dr. Paul Bernstein.
 10. **Der Arbeiterschutz** mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene von Dr. W. Epstein-München.
 11. **Frauenleiden und deren Verhütung.**
 12. **Vom medizinischen Aberglauben,** von Dr. C. Thesing-Raadeburg.
 13. **Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters,** von Dr. S. Munter.
 14. **Verhütung und Heilung des Stotterns,** von L. Jordan, mit einer Einleitung über Sprech- und Sprachstörungen.
 15. **Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie,** von Dr. Julian Marluke.
 16. **Zähne und Zahnpflege,** von Gertrud Rewald-Berlin.
 17. **Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers,** von Dr. Christeller-Berlin.
 18. **Der Geschlechtstrieb,** von Eduard Bernstein.
 19. **Die Krankenpflege im Hause,** von Joh. Ranker-Mannheim.
 20. **Die Proletarierkrankheit, ihre Entstehung und Verbreitung, Verhütung und Heilung,** von Dr. Zabel-Berlin.

Jedes Heft 20 Pfg.
Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich
geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht
und durch unsere Kolporteurs.

Schauspielhaus

Dienstag, nachmittags 4 Uhr:
„Peters Bilderbuch“.
Abends 8 Uhr:
„Der arme Jonathan“.
Mittwoch, nachmittags 4 Uhr:
„Peters Bilderbuch“.
Abends 8 Uhr:
„Der arme Jonathan“.
Donnerstag, nachmittags 4 Uhr:
„Peters Bilderbuch“.
Abends 8 Uhr:
„Der arme Jonathan“.
Freitag, nachmittags 4 Uhr:
„Peters Bilderbuch“.
Abends 8 Uhr:
„Das Gimmeltbett“.

Lieblchs Etablissement

Nur noch 4 Abende!
Bockmann! Goldini!
Lucie König! Paul Jählich!
etc. etc. etc.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Zeltgarten

Dr. H. Krausnik.
Das brillante
Dezember-Programm
11 Attraktionen.
Freitag, den 31. Dezember:
Gr. Silvester-Ball

Palmengarten

Dr. H. Krausnik.
Täglich:
2 Kapellen
Entree frei!
Freitag, den 31. Dezember:
Silvester-Ball.

Silvester-Ball

Freitag, den 31. Dezember:
Silvester-Ball.

Immer und immer wieder

muß auf die Raub- und Raufgier des Schnapsbrenners — in dem die Auerfälligen vom Bunde der Landwirte die erste Geige spielen — hingewiesen werden. Wie mit allendem Eisen ein-gebrannt müssen die Laten des Schnapsbrenners im Gedächtnis der arbeitenden und dem Hospital fröhnenden Volksschichten haften. Stets und ständig muß die unter dem Steuerdruck leidende Bevölkerung sich die Tatsache vor Augen halten, daß sich die Agrarier aus der 80 Millionen betragenden Schnapssteuer 18 Millionen Mark Liebesgabe höchstselbst bewilligt haben.

Die Agrarier bezeichnen sich zum Lohn als Notleidende, während sie im Felde erkranken. Die Unverschämtheit dieser Gesellschaft schreit zum Himmel. Während sie sich selbst Liebesgaben und Steuerfreiheit bewilligt, belasten sie das werktätige Volk mit 345 Millionen Mark neuer Verbrauchsteuer.

Die Schnapsbrenner bekommen jährlich 15 Millionen Mark geschenkt.

Die reichen Leute zahlen jährlich 60 an direkten Steuern für das Reich.

Die große Masse des Volkes zahlt jährlich 345 Millionen Mark an neuen Verbrauchssteuern.

So hat der Schnapsbrenner für das werktätige Volk in Stadt und Land „gesorgt“.

Antwortet mit dem Schnapsbockst! Antwortet mit der Aufklärung der Massen!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. Dezember.

Geschichtskalender.

29. Dezember.

- 1825 Der französische Revolutionär- und Napoleonskrieger David ...
- 1890 Schluß des Elberfelder Geheimbundes.

Nicht Meyer, sondern Kwikleck!

Einen heillosen Rechtswirrwarr hat das Posener Oberlandesgericht dadurch angerichtet, daß es im Gegensatz zu den Berliner Geschworenen entschied, der junge Graf Kwikleck sei der Sohn der Frau Meyer. Justizrat Dr. Mamrotz-Breslau unterzieht in der „B. Z.“ das Urteil und seine Folgen einer längeren kritischen Besprechung, aus welcher folgende bisher nicht erörterte Gesichtspunkte das meiste Interesse verdienen. Herr Mamrotz schreibt u. a.:

Augenblickliche Wirkungen hat das Posener Urteil auf den jungen Grafen nicht. Es enthält zwei Sprüche, beide als Konsequenz der gleichen tatsächlichen Feststellung über die Geburt des Knaben. Auf den Antrag der Frau Meyer und der beiden Nebeninterponenten wird Graf Zbigniew Kwikleck, der Gemann der verstorbenen Gräfin, verurteilt, anzuerkennen, daß der Knabe der Sohn der Frau Meyer sei, und ihn an sie herauszugeben. Ein Urteil ist prinzipiell erst vollstreckbar, wenn es rechtskräftig ist, d. h. kein Rechtsmittel dagegen mehr zulässig. Es kann allerdings auch schon vor Eröffnung der Instanzen als erst- oder zweitinstanzliches Urteil für „vorläufig vollstreckbar“ erklärt werden. Das ist aber hier nicht geschehen, konnte auch nicht geschehen.

Über auch falls das Posener Urteil rechtskräftig würde, sind dessen Wirkungen nicht annähernd so tief greifend, als man allgemein annimmt. Die hier zur Entscheidung gebrachte Frage ist ja nicht etwa eine Statusfrage und das Urteil nicht etwa eine nach § 643 Z. 1. B. O. für und gegen jeden Dritten wirkende Entscheidung. Der Statusbeamte könnte nicht etwa auf Grund dieses Urteils die Geburtseintragung des Knaben abändern. Das Posener Urteil schafft, wie jedes andere Urteil, nur Recht zwischen den Parteien, die es erstritten haben, regelt nur ihre privatrechtlichen Beziehungen zu einander. Also: im Rechtsverhältnis zwischen den beiden Nebeninterponenten und dem alten Grafen würde die bisher ihren Ansprüchen auf das Majorat entgegenstehende Existenz des jungen Josef Stanislaus keine hinderliche Rolle mehr

spielen. Und in demselben Sinne dem alten Grafen und der Frau Meyer in demselben Sinne ein Urteil infolgedessen eine Veränderung eingeleitet, als nach dessen Rechtskraft er sie nicht mehr unter Berufung auf seine väterlichen Rechte hindern kann, ihre mütterlichen Ansprüche auf Ausübung des Majorats auszuüben. Theoretisch kann sie den Knaben durch einen gerichtlichen Spruch zu sich bringen lassen, falls der alte Graf ihn ihr vorzuzieht. Der jetzt anhängige Prozeß kann ihm indessen keine Ansprüche auf das Majorat lassen oder wenigstens erschweren, sein größter Name und seine Stellung als Mitglied der Familie Kwikleck kann rechtlich dadurch nicht tangiert werden. Hierzu hätte es eines Urteils bedurft, in welchem er selbst, oder, so lange er minderjährig war, ein ihm ab hoc bestellter gerichtlicher Pfleger Beklagter war. Ein solches Urteil war aber für die Gegenpartei nicht erreichbar, denn zu einer derartigen Klage wäre auf der anderen Seite alldir nur ein Recht legitimiert gewesen und das ist der alte Graf Zbigniew Kwikleck selbst. Nur der Vater kann die sogenannte negative Filialionsklage erheben, d. h. die Klage gegen das Kind, das seinen Namen führt, und von dem er behauptet, daß es kein Kind nicht ist. Und diese Aufhebung der Ehelichkeit des Kindes und der eigenen Vaterlichkeit kann nur binnen Jahresfrist nach erlangtem Erkenntnis von der Geburt des Kindes erfolgen. Selbst wenn demnach der Knabe tatsächlich der Sohn der Frau Meyer wäre, selbst wenn Graf Zbigniew Kwikleck bisher keine Mitwisserschaft von seiner rechtswidrigen Unternehmung gehabt, selbst wenn erst die Erachtnisse des jetzigen Prozesses ihm die Augen geöffnet, und selbst wenn er nunmehr mit veränderter Parteilichkeit dem fremden Knaben die angemessenen Namens- und Privatrechte nehmen wollte, es wäre unmöglich! Josef Stanislaus wird von Rechts wegen bis auf sein Lebensende Graf Kwikleck heißen.

Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß freilich der Knabe selbst in hohem Grade für die Schuld Anderer zu büßen habe, einerlei, was künftig aus ihm werde.

Wann verjährt eine Forderung?

Die Rechtsstetigkeit, insbesondere der Verjährung verlangt, daß nicht in beliebig langer Zeit frühere Tatsachen zum Gegenstand rechtlicher Ansprüche gemacht werden. Der Zeitverlauf verbunkelt die Rechtslage. Die Rechtsordnung setzt Verjährungsfristen, jedoch nicht für alle Rechtsverhältnisse. Ausgeschlossen von der Verjährung sind insbesondere Ansprüche aus einem familienrechtlichen Verhältnis, auf Aufhebung einer Gemeinschaft, auf Berichtigung des Grundbuchs, aus eingetragenen Rechten (Zinsansprüche verjähren aber) und Ansprüche, die auf dem nachbarlichen Verhältnis beruhen.

Die Verjährungsfrist ist für die verschiedenartigen Forderungen eine verschiedene. Nur für ausgedragte Forderungen beträgt die Verjährungsfrist durchweg dreißig Jahre.

Auch die regelmäßige Verjährungsfrist, zum Beispiel für Darlehensforderungen, beträgt 30 Jahre. Die Frist rechnet vom Tage der Entstehung ab. Ein am 1. April 1910 fälliges Darlehen verjährt also mit Ablauf des 31. März 1940. Anders wird die Verjährungsfrist da berechnet, wo kürzere Verjährungsfristen eingeführt sind. Das trifft auf fast alle Forderungen zu, die im werktäglichen Leben entstehen. Für diese, einer zwei- und vierjährigen Verjährungsfrist unterliegenden Ansprüche wird die Frist vom Ablauf des Jahres ab gerechnet, in dem die Forderung entstanden ist. Zum Beispiel verjährt eine Forderung auf Lohnzahlung aus einem Arbeitsverhältnis in zwei Jahren. Ist die Lohnforderung 1907 fällig gewesen, so verjährt sie mit Ablauf des 31. Dezember 1909.

Einer vierjährigen Verjährung unterliegen insbesondere die Forderungen der Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker für die Lieferung von Waren oder für Ausführung von Arbeiten, wenn die Leistung für den Gewerbebetrieb des Schuldners erfolgt ist, ferner

die Ansprüche auf Rückstand von Zinsen, von Zins- und Nachzinsen, auf Rückstände von Renten, Auszugleistungen, Besoldungen, Wartegeldern, Ruhegehältern, Unterhaltungsbeiträgen und allen anderen wiederkehrenden Leistungen.

In zwei Jahren verjähren insbesondere die Ansprüche der Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker und Kunstgewerbetreibenden für Warenlieferungen oder Ausführung von Arbeiten, ferner die Forderungen der Eisenbahnunternehmungen, Frachtfuhrleute, Schiffer, Lohnkutscher und Boten, der Gastwirte und solcher Personen, die Speisen und Getränke gewerbsmäßig verabreichen, derjenigen, die Lotterielose verreiben, derjenigen, die im Privatdienst stehen, wegen des Gehalts, Lohnes oder anderer Dienstbezüge, der gewerblichen Arbeiter, Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, Tagelöhner und Handarbeiter wegen des Lohnes und anderer an Stelle oder als Teil des Lohnes vereinbarter Leistungen, mit Einschluß der Auslagen, sowie der Arbeitgeber wegen der auf solche Ansprüche gewährten Vorschüsse, der Lehrherren und Lehrmeister wegen des Lehrgeldes und anderer im Lehrvertrag vereinbarter Leistungen, sowie wegen der für die Lehrlinge beschrifteten Auslagen, der öffentlichen und privaten Unterrichts-, Erziehungs-, Pflege- und Heilungskosten, der Lehrer, Ärzte, Hebammen, Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsvollzieher, Zeugen und Sachverständigen.

Die Verjährung wird abgemindert, wenn die Zahlung gestundet worden ist oder wenn der Schuldner aus einem anderen Grunde vorübergehend zur Verweigerung der Zahlung berechtigt ist, oder wenn der Gläubiger arrend dessen die Verjährung geschehmt ist, wird in der Verjährungsfrist nicht eingerechnet.

Die Verjährung wird dadurch unterbrochen, daß der Schuldner dem Gläubiger gegenüber den Anspruch auf Abzahlung, Zinszahlung, Sicherheitsleistung oder in anderer Weise anerkennt. Die bloße Zuführung einer Rechnung oder sonstigen Mahnung unterbricht die Verjährung nicht. Die Verjährung wird ferner dadurch unterbrochen, daß der Gläubiger gegen den Schuldner beim Gericht Klage erhebt oder den Erlaß eines Zahlungsbefehls beantragt.

Unterbrechung rechnet erst mit Zustellung der Klage oder des Zahlungsbefehls. Nach Ablauf der Unterbrechung rechnet die Frist von neuem. Die Forderung eines Schneiders zum Beispiel für einen im Jahre 1902 gefertigten Anzug würde im Jahre 1907 verjährt sein. Anerkennt der Schuldner aber die Forderung im Jahre 1907, so verjährt sie erst im Jahre 1909.

Beschränkung der freiwilligen Mitglieder einer Ortskrankenkasse in der Wahl der Mitgliederklasse.

Eine für Krankenkassen und Versicherungsvereine sehr wichtige Entscheidung hat das preussische Ober-Verwaltungsgericht gefällt. Es handelte sich unter anderem um die Frage, ob die Klassen im Interesse ihrer Finanzlage die freiwilligen Mitglieder durch Statut auf bestimmte höhere Versicherungsclassen beschränken können. Die gemeinsame Ortskrankenkasse zu Wiesbaden glaubte die Erfahrung gemacht zu haben, daß ihre 20 Prozent der Mitgliedschaft umfassenden freiwilligen Mitglieder, denen die Wahl der Versicherungsclassen freigestellt war, die niederen Versicherungsclassen bevorzugten, weil es ihnen zumehr auf freien Arzt und Medizin als auf das Krankengeld ankam. Die Leistungen an diese Mitglieder standen, nach Berechnungen der Kasse, in einem für die Kasse ungünstigen Verhältnis zu den von diesen Mitgliedern entrichteten Beiträgen. Die Kasse änderte deshalb den § 5 ihres Statuts.

Aus aller Welt.

Das Schicksal des Ballons „Luna“, der, wie berichtet, seit dem 18. Dezember mit seinem einzigen Insassen, Oberleutnant Richter, vermisst wird, ist noch immer unklar. Bei dem Sächsischen Verein für Luftschiffahrt in Dresden ist, einem Telegramm zufolge, die allerdings nicht beplante Mitteilung eingelaufen, der Ballon „Luna“ sei bei Kopenhagen gelanden worden. Diese Nachricht hat sich aber nicht bestätigt. Der Verein hat schon vor einigen Tagen die dänischen, schwedischen und russischen Behörden für das Schicksal des Ballons interessiert und um Mitteilung etwaiger Wahrnehmungen gebeten. Bis jetzt ist noch keine Nachricht eingetroffen. Der Ballon war übrigens sehr gut verproviantiert und hatte so ausreichende Vorräte, daß er wohl vier Tage in der Luft bleiben konnte. Es ist möglich, daß er in irgend einer Pappentladung nie eingegangen ist, und daß bei den jetzigen Schneeverhältnissen Wochen vergehen können, ehe man Nachricht von dem Luftschiffer erhält.

Zur Eisenbahn-Katastrophe in Böhmen. Nachträglich werden noch einige Einzelheiten zu der Katastrophe bekannt. In einem Wagon 2. Klasse, der sich dicht hinter der Lokomotive befand, fuhr eine Postmännin aus Prag. In dem Augenblick, als der Zusammenstoß erfolgte, wurde sie von der Gewalt des Stoßes in das Gedächtnis über ihrem Kopfe geschleudert. Sie hatte so viel Heißesgegenwart, sich an den eisernen Stangen festzuhalten und landete sich in dem schmalen Raum des Gedächtnisses zusammen. Von dort wurde sie später von der Rettungsgesellschaft in Sicherheit gebracht. Eine schreckliche Szene spielte sich auf dem Bahnhof in Drilna ab. Als dort am Sonabend, der um 12 Uhr 13 Minuten fällige Prager Schnellzug bis 1 Uhr nicht eintraf, wurde die Anwesenheit unter den Wartenden immer größer. Plötzlich kam die Nachricht von der Katastrophe bei Uherst. Es wurde im ersten Augenblick erzählt, daß 31 Tote unter den Trümmern liegen. Viele der Anwesenden brachen in Tränen aus. Als die Frau des Reisenden Bergmann, die die Beinahegefahr bei ihren Eltern in Brünn erlitten, hörte, daß sich ihr Mann unter den Opfern der Katastrophe befand, schrie sie wie wahnsinnig und wollte sich unter die Räder eines rangierenden Zuges stürzen. Es gelang mit Mühe, die Frau von ihrem Vorhaben abzubringen und nach der Wohnung ihrer Eltern zu schaffen. — Die Zahl der Toten soll nach den letzten Feststellungen 18 betragen.

Das Reichsgericht über den Adel. Die Entscheidung des Reichsgerichts, daß ein Angeklagter das von ihm angenommene preussische Adelsprivileg nicht annehme, ist für das Reichsgericht bindend. Dieses Urteil des Reichsgerichts wird jetzt vom Justizminister den Gerichten mitgeteilt.

Der betreffende Angeklagte war von der Anklage der Adelsannahme durch Urteil des Landgerichts I zu A. freigesprochen worden. Das Verbotamt sprach ihn aber den Adel ab. Im Sinne des dem Reichsgericht, sei der Adel auf Grund der geschichtlichen Entwicklung mit seinen staats-, kirchlichen und privatrechtlichen Vorrechten ein hervorragender Stand, die Angehörigkeit zum Adel ein substantielles öffentliches Recht, ein öffentlich-rechtliches Standesrecht, rechtliche Beziehungen des Adligen zum Staate erzeugend. Alle Rechte und Pflichten des Staates gegen seine Bürger vereinigen sich in seinem Oberhaupt, diesem gehöre das Hoheitsrecht, den Adel zu verleihen, zu erneuern und abzurufen. Die Ausübung dieses Rechtes sei nun im 19. Jahrhundert nach einander auf den Staatskanzler, das Ministerium des königlichen Hauses, die Ministerien der Justiz und des Inneren und des königlichen Hauses sowie schließlich auf das in diesem errichtete Verordnungsamt übertragen worden. Das Verordnungsamt gehört zu den staatlichen Behörden, soweit es mit der Bearbeitung staatslicher Angelegenheiten befaßt ist.

Museumsdiebstahl in Paris. In der Bergakademie (Ecole des Mines) am Boulevard Saint Michel wurde ein großer Diebstahl an Museumsobjekten im Werte von vielen tausend Franken begangen. Es gelang einem offenbar mit den Lokalverhältnissen vertrauten Diebe, von einem kleinen Nachbargebäude aus ein Fenster des Museums aufzuklimmen und in die Säle einzusteigen. Auch im Inneren des Museums muß der Dieb vorzüglich orientiert gewesen sein, denn er fand ohne weiteres den Weg zu jenem Räume, der in Glasfäßen die größten Kohlenarten des Museums barg. Der Dieb brach die Glasfäßen auf, indem er in die Holzwände ein Loch neben dem andern bohrte und dadurch einen Teil der Wand geräuschlos herausnahm. Er rahl den Inhalt, bestehend in einer Platinknife von 2 1/2 Kilo Gewicht, deren Wert auf 20.000 bis 30.000 Franken geschätzt wird. Dieser Platinknife ist ein allen Mineralogen wohl bekanntes Mineral. Der Dieb wird sich des Klumpens schwer entäußern können, da auch die Umhüllung und Zerlegung sehr schwierige Operationen sind. Außerdem wurden kleinere Platinknumpen und zwei Diamanten, sogenannte Solitaires, im Werte von 9000 Franken gestohlen. Bereits vor acht Jahren war die in demselben Museum ein Diebstahl begangen. Damals wurde Platin im Werte von 10.000 Franken gestohlen. Der Dieb wurde damals in England festgenommen. Der Staat erleidet übrigens keinen vermögensmäßigen Schaden, da das Museum gegen Diebstahl versichert ist.

Schiffskatastrophen an der portugiesischen Küste. Dem Unwetter, das in den letzten Tagen an der portugiesischen und spanischen Küste wüthete, sind zahlreiche Schiffe zum Opfer gefallen.

Einem Telegramm des „Matin“ zufolge sollen allein in der Gegend von Oporto 700 Schiffe und Boote vernichtet worden sein. Der Schaden wird auf mehr als 100.000 Franken angegeben. Ein Telegramm meldet noch die folgenden Einzelheiten: Der bei Oporto gestrandete deutsche Dampfer „Cetra“ befindet sich in sehr kritischer Lage. Das Vordersteil des Schiffes steht unter Wasser. Ein Teil der Mannschaft hat das Schiff in Booten bereits verlassen. Bis jetzt sind als gerettet gemeldet der zweite Offizier, der zweite Maschinist und der Matrose Bradler. Im Nord blieben der Kapitän, der erste Offizier, der Postbreithaupt und die Matrosen Oesterreich, Wilde und Alfred; sie sind wahrscheinlich ertrunken. Ferner fuhr im Salerangang von Oporto der Dampfer „Restor“ mit dem Vordersteil auf einen Felsen auf. Auch seine Lage ist kritisch. Der Dampfer „Galatia“ trieb während des heftigen Sturmes etwas gegen die Küste. Sieben Schlepper versuchten vergeblich, das Schiff zu bewegen. Seine Lage ist sehr ernst. Der größte Teil der Ladung wurde durch Wellerschiffe zerstört. Die „Galatia“ selbst dürfte verloren sein.

Soldatenfreuden. Der Unteroffizier Müller aus Köln, der wegen Wachergehens mit 5 Tagen Arrest bestraft wurde, und die Strafe am Weihnachtabend antreten sollte, hat sich mit seinem Dienstgewehr erschossen. Der Regimentskommandeur soll eine strenge Untersuchung gegen den Schuldigen eingeleitet haben, der den Strafantteil am Weihnachtabend ausordnet.

Der heilige Stiefelbinder. Der Himmel meint es gut mit den Frommen. Er hat zwar anscheinend gegen das Aufkommen von Husten und Grippe nichts machen können. Aber er sorgt nun wenigstens dafür, daß die Frommen so etwas recht schnell wieder loswerden. In diesem Zweck ist ein Husten- und Grippeheiligener erfunden, der, wenn er häufig durch Gebet gerührt wird, gegen den Teufel des Kalarrhs sein Bestes einsetzt. Wer es nicht glaubt, der lese nur den Inhalt eines Inserats, das in verschiedenen katholischen Zeitungen vom Niederrhein abgedruckt wird und folgenden Wortlaut hat:

St. Andreas, Patron gegen Husten und Halstarrheiten, wird in der Pfarrkirche zu Velten bei Posen in der Ostsee vom 30. November bis 7. Dezember verehrt. Nach jeder heiligen Messe werden die Reliquien des Heiligen verehrt. Auch ist geheiltes Wasser zu haben.

J. G. Sallhofer, Hauer. Schade, daß die Ungläublichen, die erst nach dem 7. Dezember zu ihrem Patron kommen, der Segnung nicht teilhaftig werden sollte. Herr Hauer Sallhofer hat sich nicht erweichen lassen und den Kontakt zwischen irdischen Dingen und dem himmlischen Reich nicht nochmals hergestellt?

Der freiwillige Mitgliedschaft... Es wurde be-
stimmt, daß die Klassenunterschiede der geschlich-
ten (19 Absatz 3 des Krankenversicherungsgesetzes) auf
Grund ihres nachzukommenden Gesamteinkommens zu erfolgen
soll, jedoch mit der Maßgabe, daß ihnen die Wahl einer
höheren, als dem Gesamtinkommen entsprechenden Klasse frei-
steht. Ferner soll nach der neuen Fassung der Statutarisch
zur freiwilligen Mitgliedschaft Berechtigten (§ 26 Abs. 2
Ziffer 5 des Gesetzes) die Wahl der Mitgliedsklasse frei-
stehen, jedoch mit der Einschränkung, daß männliche Erwachsene
von der 1. bis 5. Klasse, weibliche Erwachsene von der 1. bis
4. Klasse und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen von der 1. und
2. Klasse ausgeschlossen sind. (Die 1. Klasse ist die
niedrigste Beitragsklasse.) Der Bezirksausschuß zu Wiesbaden
verlangte der Statutenänderung die Genehmigung und blieb
auch in der mündlichen Verhandlung dabei. Die neue Fassung
ist gesetzlich. Abgesehen von einigen, hier nicht in
Betracht kommenden Ausnahmeregelungen enthält das Gesetz
keine weiteren Ausnahmeregelungen bezüglich der Beitrags-
berechtigten. Daraus folgt, daß im übrigen diese
freiwilligen Mitglieder nicht anders behandelt
werden dürfen, als die Pflichtmitglieder. Wie bei
diesen, sei ihre Klassenzuteilung nach Maßgabe ihres
Arbeitsverdienstes vorzunehmen, und es könne ihnen
die Wahl einer anderen, als der dem Arbeitsverdienst ent-
sprechenden Klasse weder freigestellt noch aufge-
zwungen werden. Wo ein Arbeitsverdienst nicht vorhanden
ist, komme natürlich nur die Zuteilung zur niedrigsten Klasse
in Frage.

Auf die vom Klassenverband eingelegte Revision hob, wie
uns geschrieben wird, der Senat des Ober-Verwaltungs-
gerichts die Entscheidung auf und genehmigte
die Statutenänderung der Klasse als gesetz-
mäßig. Begründet wurde ausgeführt: Der Senat sei im
Gegensatz zum Bezirksausschuß der Ansicht, daß die Klassen bei
denjenigen, die statutarisch zur freiwilligen Mitgliedschaft
berechtigt sind, bezüglich der Zuteilung in die Mitgliedsklassen
freie Hand haben. — Bei denjenigen, die gesetzlich
berechtigt seien, beizutreten, müsse man unterscheiden zwi-
schen denen, die Zwangsmitglieder der Klasse waren und
sich nach Aufhebung dieses Verhältnisses die freiwillige
Mitgliedschaft sicherten und den anderen, die vor ihrem frei-
willigen Beitritt nicht Zwangsmitglieder waren. Bei ersteren
richte sich die spätere Klassenzuteilung nach dem bisherigen Ver-
hältnis, wo sie Zwangsmitglieder waren. Bei den übrigen ge-
setzlich Berechtigten haben die Klassen aber freie Hand be-
züglich der Klassenzuteilung. Und es sei auch die Berechti-
gung des Gesamteinkommens zulässig. Beitragsberechtigte
ohne Einkommen können selbstverständlich in
die unterste Klasse. — Somit sei die Vorentscheidung aufzuheben
und die genehmigte Statutenänderung zu genehmigen.

Gar kein Gesetz ist das mildeste Gesetz. (Freigesprochene Dissidenten.)

Aus dem Kammergericht wird uns geschrieben: Im Gebiete
des ehemaligen Herzogtums Nassau (im jetzigen Regierungsbezirk
Wiesbaden) hatten die Dissidenten Dacher und Schmitt, die
Mitglieder der freireligiösen Gemeinde sind, ihre Kinder nicht
am Religionsunterricht in der Volksschule teilnehmen lassen.
Sie wurden deshalb auf Grund des § 52 der alten nassauischen
Schulordnung von 1817 zu Schulverhamsstrafen verurteilt.
Das Kammergericht kam als Revisionsinstanz auf einem
ganz eigenartigen Umwege zur Freisprechung der An-
geklagten. Zunächst erklärte es in Uebereinstimmung mit dem
Landgericht Wiesbaden, daß die Angeklagten an sich nach dem
nassauischen Schulrecht ihre Kinder nicht ohne Dispens vom
Religionsunterricht in der Schule hätten fernhalten dürfen. Dann
führte es aus: Das Landgericht habe jedoch das Verbot
bezüglich der Einzelfälle nicht ausreichend festgestellt. Deshalb
müßte das Urteil aufgehoben werden und es würde eine neue
Verhandlung vor dem Landgericht notwendig, wenn sich
das hier nicht aus einem ganz besonderen
Grunde erübrigte. Nämlich im Hinblick auf § 2,
Absatz 2 des Strafgesetzbuches, wonach bei Verschiedenheit der
Gesetze von der Zeit der begangenen Handlung bis
zu deren Aburteilung das mildeste Gesetz anzuwen-
den sei. Hier liege nun die Sache so: Der Strafparagraf 52
der nassauischen Schulordnung sei durch Gesetz vom 1. August
1909 mit der Wirkung aufgehoben worden, daß er am 30.
August außer Kraft trat. Dies Gesetz habe ferner der Be-
zirksregierung zu Wiesbaden die Befugnis beigelegt, wegen der
Schulverhamsstrafe schulpflichtiger Kinder gegen diejenigen, denen
die Sorge für die Personen der Kinder obliegt, im Wege der
Verordnung Strafvorschriften zu erlassen. Eine entsprechende
Verordnung der Regierung zu Wiesbaden sei aber erst am
1. September erlassen und am 2. September im Amtsblatte
publiziert worden. Zwischen der Aufhebung des § 52 der
Schulordnung von 1817 und dem Erlaß der Ver-
ordnung der Regierung zu Wiesbaden liege aber
mindestens der 31. August als ein Tag, an
dem es im fraglichen Gebiete keine Strafvorschrift für
Schulverhamsstrafe gab. Also habe an diesem Tage das
mildeste Gesetz bestanden, denn ein Gesetz,
das es gar nicht gibt, sei das mildeste. Dies
Gesetz müsse hier gemäß § 2 des Strafgesetzbuches zur An-
wendung kommen, denn es habe in der Zeit zwischen der Hand-
lung und der Aburteilung „bestanden“, da als Tag der Ab-
urteilung vor dem Landgericht anzusehen sein würde. Diese
neue, zunächst für notwendig erachtete Landgerichtsverhandlung
erübrigte sich nun aber, weil im Fehlen einer
Strafvorschrift am 31. August ja das „mildeste Gesetz“
bestand und somit in Anwendung dieses in Wirklichkeit nicht
vorhanden gewesenen Gesetzes gleich auf Freisprechung
zu erkennen sei.

Tariffändigung bei den Tapezierern.

In einer am Montag nachmittag im Gewerkschaftshaus
abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung des Tapezierer-
verbandes wurde zu dem bevorstehenden Tarifablauf Stellung
genommen. Der bisherige Tarif verliert, wenn er am 1. Januar
1910 gekündigt wird mit dem 28. Februar desselben Jahres seine
Gültigkeit, andernfalls seine Fortdauer für ein weiteres Jahr be-
stehen bleibt. Der Vorsitzende führte u. a. aus: Jeder einzelne
der Kollegen müsse es an sich selbst gefühlt haben, ob die Erwerbs-
verhältnisse auch den Lebens- und Lernungsverhältnissen ent-
sprechen und ob ein neuer Tarifabschluss gegen eine Aufbesserung
der Erwerbslage angebracht und notwendig sei.
Es entspann sich hierauf eine fast stündliche sehr lebhaft
Diskussion, die den allgemeinen Wunsch nach Kündigung des
Tariffs zum Ausdruck brachte. Größter, der für Kündigung des
Tariffs eintrat, erklärte, die Verlängerung des Tariffs auf ein
weiteres Jahr würde die Lage durchaus nicht verbessern, sondern
weit eher verschlechtern, es liege daher nun an der Zeit, für eine
Veränderung energig einzutreten, zumal die Tatsache besteht, daß
in manchen Betrieben 5jährige Kollegen, die doch gewiß noch
seine Invaliden sind, weit unter dem Tarif arbeiten. In ähn-
licher Weise äußerte sich auch Friedrich II. Wenn durch den
jetzigen Tarif bestehende Tarif die Lebenslage der Tapezierer
gewissermaßen stabil geworden sei, so habe sich inzwischen
das Bild dramatisch verschoben, daß die durch das Bestehen
des Tariffs verursachte Aufbesserung der Lage
inspiziere der eingetretenen Zerstörung geradezu
verwahrt sei.
Des Weiteren führte Friedrich aus, daß selbst unter
dem „Alto“ einer tariflosen Zeit eine Besserung der Lage
nicht zu erwarten sei. Der Vorsitzende Friedrich II. weist
jedoch ebenfalls noch einmal auf den Wert des Tariffs hin.
Durch Gewerkschaftsmittel sei den Arbeitnehmern erst der Wert

solcher Tarife richtig vor Augen geführt worden. Wenn durch
die allgemeine Notlage gezwungen, die Kollegen sich zur
Kündigung des Tariffs entschließen, so sollten sie auch mit aller
Macht dafür eintreten, daß hinter den neu aufzustellenden
Forderungen auch die geschlossene Macht der Draufgänger stehe.
Mit großer Mehrheit beschloß hierauf die Versammlung, den
Tarif am 1. Januar 1910 zu kündigen.
Einen wichtigen Punkt der Tagesordnung bildete sodann
noch die Aufstellung von 8 Kandidaten zu der am Freitag, den
7. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Pariser Garten stattfindenden
Wahl zum Ausschusswahl. Mit Rücksicht auf die nun-
mehr geschlossene Kampflage des Verbandes gegenüber der
Arbeitgeber, stellte man entgegen früheren Gepflogen-
heiten diesmal nur solche Kollegen als Kandidaten auf,
die sämtlich 1/2 Jahr bei einem Innungsmeister ununterbrochen
gearbeitet haben, mithin also den Vorschriften des Innungsstatuts
genügen. Damit ist einem etwaigen Protest der Arbeitgeber
gegen die Verechtigung des einen oder anderen Kandidaten, sich
wählen zu lassen, der Boden entzogen. Der Vorsitzende legte
zum Schluß noch der Versammlung nahe, daß es nimmere an
den organisierten Kollegen läge, durch zahlreiches Erscheinen bei
der Wahl ihr Interesse für die Sache des Ausschusses
zu bekunden, zu dessen Funktionen die wichtigsten des Berufs-
zweiges, wie Führung und Ausbauung des Arbeits-
nachweises, Lehrlingserziehung u. dergl. gehören.
Die Tapezierer sind somit in den Kampf getreten und es
steht zu erwarten, daß sie ihn mit aller Energie und Entschieden-
heit zur Durchführung bringen.

Panoramen.

Soll Nahren leucht in den Großstädten eine Eurlucht,
die wohl geeignet ist, denen einen kleinen Ersatz zu bieten, die
sich den Luxus einer großen Reise nicht leisten können — die
Panoramen. Ihr Wert wird leider noch nicht genügend ge-
schätzt. Wie viele vertreiben sich die langen Winterabende mit
dem Lesen guter Reisebeschreibungen! Es gewährt ihnen Freude,
die Landschaft, die geschildert wird, im Geiste zu malen. Nur
sehr selten aber entspricht das entworfen Bild der Wirklichkeit.
Nur wenige vermögen nimmer die lebendige, sinnliche Anschauung zu
erleben. Bilder sind schon besser, vor allem, wenn sie aus-
drücken und wie am Stübchen. Sie sind jedoch immer nur
flüchtig, während die Natur körperlich auf unser Auge wirkt.
Der Natur am nächsten kommt das moderne Panorama. Hier
sehen die Bilder einen sinnlichen Reiz gleich der Wirklichkeit auf
unser Auge, so groß, so plastisch, schön und bunt sind sie.
Nur bewahren die Höhen sehen wir zum Beispiel die bayerischen
Königsstädter, erfüllen die entzückende Umgebung; wir schrei-
ten durchs Tor, wandeln die Gänge entlang, betreten die Brun-
nen, um die lokale Ausstattung, die Kunstschätze zu be-
wundern, und die Gassen, daß wir, kaum mit einem Stuhle
sitzend, nur durch die beiden Gläser des Stereoskops schauen.
Oder — wach ein Genus ist, die Zauberkunst der Adelsbader
und Wiedelsbacher Grotte mit ihren wunderlichen Gebilden, ben-
galisch erleuchtet, glühend rot und grün und blau erstrahlen zu
sehen! Oder — wenn's draußen stürmt und schneit, in aller
Ruhe über den Gorbasse zu fahren, die herrlichen Orte an
seinen Gestaden zu besuchen — im Panorama. Wirklich, dies
ist genussreich, aber auch bildend und lehrreich.

Ganz besonders haben Kinder Vorliebe für Bilder. Eltern
und Erzieher sollten diesen Trieb unterstützen. Mit wachsamem
Auge sollen sie freilich alle Bilder vom stunde fernhalten, die
Gift in seine Phantasie träufeln, aber keine Gelegenheit unbe-
nutzt lassen, wodurch das Vorstellungsvermögen der Jugend be-
trübt, der kindliche Geist bereichert wird. Das Panorama kann
hierfür wertvollen Dienst leisten. Denn die Zeit, wo jede Schule
ihre eigenen Panoramen haben wird, wie schon so viele ihren
eigenen Garten haben, liegt gewiß noch in weiter Ferne. Da
die Panoramen Erwachsenen und Kindern für wenig Geld viel
Vergnügen bereiten, sehr lehrreich und bildend sind, müssen wir
uns wundern, daß nicht schon jeder größere Ort sein Panorama
hat, während die Kinematographen mit ihren oft recht zweifel-
haften Darstellungen wie Pilze aus der Erde geschossen sind.
Die Panoramen sind jedenfalls den Kinematographen, soweit
und solange diese sich an die niederen Instanzen der Menschen
wenden und geradezu kulturhinderlich wirken, bei weitem vorzu-
ziehen.

Gedanken über Tierschutz und verwandte Bestrebungen.

In Deutschland — aber nicht in England — pflegen viele
Anhänger der Arbeiterbewegung zu sagen, so lange
es nothwendige Arbeiter gebe, sollten die Menschen sich nicht um
die Leiden der Tiere kümmern. Macht sich aber nicht ein
Mensch verächtlich, wenn er mit stiller Empörung über das
ihm selber zugefügte Unrecht klagt, während er seinen eigenen
Untergebenen das Recht auf Schutz und Schonung abspricht?
Das ist einer der Hauptunterschiede zwischen dem gemeinen und
dem edlen Menschen, daß jener durch eigenes Leid mitleidlos,
dieser durch eigenes Leid mitleidiger wird.

Es ist ein Fehler der Alkoholgegner, daß sie bei
der Darstellung der schädlichen Folgen des Alkoholgenußes fast
nie auf das Leid hinweisen, das Millionen von Tieren ihr
ganzes Leben hindurch von beirnachten Menschen zu erdulden
haben. Unrechtlich pflegen die Betrunkenen ihre grausamen Triebe
noch viel mehr an den Arbeitstieren und den Schlachtieren aus-
zulassen, als an Frauen und Kindern. Denn viele Tierschutz-
handlungen betrachten sie ja überhaupt nicht als ein Unrecht,
und die Tiere können sich noch weniger wehren als Frauen und
Kinder, die doch wenigstens schreien, flüchten und die Polizei
um Hilfe anrufen können. Deshalb müssen aber auch die Tier-
schützer es als ihre Pflicht ansehen, die Bewegung gegen den
Alkoholismus zu fördern. Solange die Trunksucht gerade unter
den Menschen, denen die Pflege der Arbeitstiere anvertraut
wird, so weit verbreitet ist, müssen wir die Trunksucht als eine
der Hauptursachen der Tierquälerei betrachten.

Die Anschauungen von dem Wesen der Tiere läßt auf
die gesamte Weltanschauung der Menschen eine große
Wirkung aus. Obwohl heute die meisten Menschen die Tiere
grenzenlos verachten, pflegen sie doch das Verhalten der Tiere
untereinander als Vorbild für den Menschen zu betrachten;
und wenn man altruistische Anschauungen anspricht und zum
Beispiel die Bestrebungen der Friedensgesellschaften
verteidigt, so erhält man sehr oft die Antwort: solche
Bestrebungen seien ein Kampf gegen Naturgesetze; denn jedes
Tier denke nur an sich selber und an seine Artgenossen, und
nur die Tiere könnten ihre Art erhalten, die es verstanden,
andere zu überleben oder zu überwinden. Daher sei offenbar
auch der Mensch zu rücksichtslosem Egoismus gezwungen und
dürfte altruistischen Regungen erst nachgeben, wenn sein eigenes
Wohl gefährdet sei. In Wirklichkeit finden wir aber in der
Tierwelt neben egoistischen auch altruistische Triebe, ja aus-
gesprochenen Freundschaft und Hilfsbereitschaft zwischen Angehörigen
verschiedener Gattungen. Die gegenseitige Hilfe ist sogar, wie
in den letzten Jahren insbesondere durch Stropfkuh nachgewiesen
hat, ein wichtiger Faktor der Entwicklung als der Kampf
um Dasein. Jeder, der dem vorurteilfrei das Leben in der Natur
ansieht, muß erkennen, daß viele Vergeltungen weniger egoistisch
und grausam sind als die Menschen. Die Menschen reden sich
die falsche Ansicht vom allgemeinen rücksichtslosen Kampf aller
gegen alle nur ein, um ihren eigenen Egoismus als etwas
Schönes, Rühmliches betrachten zu können. Alle Anhänger einer
altruistischen Weltanschauung sollten daher den Tierschützern
helfen, die strengsten Anschauungen von der Natur der
Tiere zu zerstreuen.

Wer gehört in die Anklagebank? Auf den
gestern an dieser Stelle mitgeteilten Erlaß des Justiz-
ministers bezog sich, nach der „Morgen-Zeitung“, noch am
selben Tage vor dem Schöffengericht ein Verteidiger aus
Pöfen und hat, dem Angeklagten, dem Prokuristen einer
Pöfener Engrosfirma für Futtermittel, die hier bei
einem Spekteur ein Lager unterhält, zu gestatten, außer-
halb der Anklagebank Platz zu nehmen. Es handelte
sich um eine Anklage wegen versuchten Betruges.
Der Vertreter der Anklage widersprach dem Gesuch des
Verteidigers, weil es der bisherigen Gepflogenheit entgegen-
stehen würde, wenn eine wegen versuchten Betruges ange-
klagte Person die Anklagebank nicht zu betreten brauchte.
Der Grundlag der Gleichheit vor Gericht, vor dem
ohne Ansehen der Person verhandelt werden soll, würde da-
mit aufgehoben werden. Wenn Ausnahmen zugelassen seien,
so hätten sich diese bisher lediglich auf Personen bezogen,
die wegen Verstoßes gegen die Gewerbeordnung angeklagt
waren. (Das stimmt bekanntlich nicht ganz. Neb. der
„Volksw.“) Der Vorsitzende hielt es ebenfalls nicht
für angebracht, dem Angeklagten die Vergünstigung zuzu-
gestehen, nicht auf der Anklagebank Platz nehmen zu brauchen.
So mußte denn der Angeklagte die Anklagebank betreten.
Er wurde dann formell freigesprochen — aber in das Bänkel
mußte er hinein.

„Terrorismus“. Durch die Reichsverbandspresse („Schles. Ztg.“ u. andere) macht folgende Notiz die Kunde:

„Sozialdemokratischer Terrorismus“. Folgende
Vielzahl von Notizen aus der Dortmunder sozialdemokratischen „Ar-
beiterzeitung“ vom 20. d. M. sind recht lehrreich für die Art, wie
die Sozialdemokratie diejenigen Weltanschauer, die sich ihr nicht an-
schließen wollen, wirtschaftlich zu ruinieren sucht: „Nach Unna und
Umgebung. Es ist richtig, daß der Geschäftsmann Paul Schade
auf der Bahnhofstraße erklärte, er wolle die „A.-Z.“ nicht lesen
und mit der Sozialdemokratie nichts zu tun haben. Der S. a.
hat Spielwaren und Haushaltsgegenstände zu verkaufen, und
er muß es sich auch gefallen lassen, daß die Sozialdemokraten von
Unna, Königshorn, Bilmersch, Wülhantzen ihm, auch mit ihm
nichts zu tun haben wollen und ihren Bedarf wo anders decken
werden.“ — „Genosse Fr. Goebelsstraße. Auf Ihre Anfrage teilte
mir Jönen mit, daß die Behauptung richtig ist. Der Kolonial-
warenhändler Bertheide hat schon vor einiger Zeit die „A.-Z.“ ab-
bestellt.“

Dieselben Mütter haben den traurigen Mut, die Maß-
regelungen der Rattowiger Lehrer zu verteidigen! Kann
man die Heuchelei weiter treiben?

Soldaten als Aushelfer bei der Paketpost
waren auch in diesem Jahre wieder tätig, als ob es nicht
genug Leute gäbe, die bereit und in der Lage wären, die
Arbeit zu übernehmen. Es ist in der Tat ein großer Un-
fug, daß Soldaten, die aus allgemeinen Mitteln erhalten
werden, den freien Arbeitern das Brot wegnehmen müssen.

Professor Felix Dahm in Breslau, der am
9. Februar sein fünfundsiebzigstes Lebensjahr vollendet, wurde
auf seinen Antrag, mit Rücksicht auf sein Alter, von seinen
Amtspflichten als Professor der Rechte an der Universität
Breslau vom Ende des Monats März ab entbunden. Er
erhielt neben dem erwünschten Abschied noch ein Nebenamt,
das er sich nicht gewünscht, sondern vielleicht nur ersehnt
hatte: Den üblichen Orden aus dem Hause Hohenzollern.

Achtung, Eisenarbeiter! Der Betrieb von Gudericy,
Rosenstraße, ist wegen Ausbruch von Differenzen geberet.
Ordnungswahrung des Holzarbeiter-Verbandes.

Rückzahlung des Betrages für unbenutzte Fahr-
karten. Bisher kam es häufig vor, daß gelöste Fahrkarten nicht
benutzt wurden, und daß das Geld für den Erwerber verloren ging.
Die Rückgabe und Wiederanzahlung machte erhebliche Schwierig-
keiten, da die Beamten bereits durchlochte Karten nicht zu-
rücknehmen durften. Wie te man wieder zu seinem Gelde
kommen, so war ein laugwieriger Inkonsistenz nicht zu
vermeiden. Nunmehr hat nach Beschluß der hiesigen Tarif-
kommission die Ausführungsbemerkung zu § 20 der Eisenbahn-
verkehrsordnung die Fassung erhalten, daß Fahrkarten, die noch
nicht durchlocht sind, oder nur zum Betreten des Bahn-
steiges benutzt wurden, auch in Fällen eines Fortfalls, einer
Erkrankung oder aus sonstigen Billigkeitsgründen vor oder nach un-
mittelbarem Abgang des betreffenden Zuges an der Ausgangsstelle
zurückgegeben werden können. Damit ist erfreulicher-
weise wieder ein kleiner Kopf der Eisenbahnbeamtenschaft beseitigt.

Das Ende der Oberschiffahrt. Nachdem der Umschlags-
verkehr in Pöpelwitz und Matitz schon vor einiger Zeit geschlossen
worden ist, ist jetzt auch der Gesamtumschlagsverkehr in Cosel Ober-
bahren für die Dauer der Winterperiode eingestellt worden.

Sonntagsfälligung. Das Breslauer Schöffengericht verurteilte
den Vorloshändler Peter Plewina, der in Schlesien einen
schwunghaften Engroshandel mit Honig betreibt, wegen Nahrungs-
mittel-Üchlung um 150 Mk. Geldstrafe, weil er dem Honig gelösten
Buder beizufügen pflegte.

Graue Karten. Der Magistrat macht bekannt, daß die
Angehörigen der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizi-
tätswerke für das Jahr 1910 zu ihrem Ausweise mit Karten
von grauer Farbe versehen sind.

Neujahrseinrichtungen bei der Post. Am Freitag, den
31. Dezember, und Sonnabend, den 1. Januar, finden in Breslau
bei Briefstellungen statt, die um 8 Uhr Vormittags, 12 Uhr
Mittags und 5 1/2 Uhr Nachmittags beginnen. Für Sonntag, den
2. Januar, werden zwei, um 8 Uhr Vormittags und 12 Uhr Mittags
beginnende Briefstellungen eingerichtet. Die am Neujahrstage aus-
fallende Geld- und Paketbestellung wird am Sonntag, den 2. Januar,
Vormittags ausgeführt werden.

Zwei Knaben ertranken. Am Montag, den 27. d. Mis.,
Mittags gegen 1 Uhr, sind auf dem Teiche im Botanischen Garten
zwei Knaben im Alter von 8 und 10 Jahren, Söhne des Schrift-
setzers Karl Wagner, Lehndamm 74, ertrunken. Die beiden
Knaben haben dort die bunte Eisbede betreten und sind
eingebrochen. Die sofort herbeigerufenen Feuerwehmannschaften
stellten Wiederbelebungsversuche an, die jedoch ergebnislos waren.

Ein betäubender Unfall ereignete sich vorige Woche
auf dem Oberhiesischen Bahnhof. Aus bisher nicht aufgeklärten
Ursachen stürzte dort ein Baugerüst zusammen. Dabei fiel der
Zimmerpolier Gustav Lehmann von der Klosterstraße 149 derart
schwerlich mit herab, daß ihm beide Beine gebrochen wurden. Der
Verunglückte wurde ins Darmherzige Bräuerkloster transportiert, wo
man hofft, ihn völlig wieder heilen zu können.

Unfall mittels Automobil. Am 26. d. Mis., Mittags
gegen 3 Uhr, wurde der 17jährige Schulknabe Willy Himmann, Kleine
Schützenstraße 20b, bei der Mutter wohnhaft, beim Ueberqueren
des Bahndammes Schützenstraße vor einem in voller Fahrt be-
findlichen Automobil eines Pöfeners aus der Mendorfstraße über-
fahren. Die erste Hilfe wurde dem Knaben in der königlichen Klinik
in teil. Nach der Ueberführung in die elterliche Wohnung mußte
Abends das Kind nach dem Wangel Handischen Krankenhaus ge-
bracht werden, wo erst festgestellt werden wird, welche innerliche
Folgen der Unfall hat. Ist sich denn nicht, um das zu schnell
fahren der Automobile im Winter den Nichtanwesenden?

Aus dem Wahlkreise Waldenburg.

Waldenburg, den 28. Dezember.

Rothenbach. Obwohl durch die neuen Steuern und andere Mißbilligkeiten nebst den Arbeitern gerade die Gastwirte mit am härtesten getroffen werden und obwohl die hiesigen Gastwirte samt und sonders in der Hauptsache nur auf Arbeiterkundschaft angewiesen sind, werden die organisierten Arbeiter von ihnen sehr schlecht behandelt, man kann schon sagen, mißhandelt. Um nur ja zu ermögligen, daß den Arbeitern kein Pfennig in der Tasche bleibt, sucht man sich gegenseitig im Arrangieren von Vergütungen und anderem Mäxtra zu überbieten. Da werden Vereine über Vereine gegründet, deren Hauptzweck darin besteht, mindestens alle zwei Monate und noch öfter ein Tanzvergnügen oder sonst etwas zu veranstalten. Natürlich sucht man in solchen Vereinen mit allen Mitteln die Arbeiterkundschaft heranzuführen, würde man doch ohne diese in manchen Vereinen kaum den Vorstand zusammen bekommen. Sobald ein Gastwirt zehn bis fünfzehn solcher, für die Beteiligten, sowie für die Allgemeinheit äußerst schädlicher Vereinigungen in seinen Mauern beherbergt, glaubt er sich gesichert und weiß hochschätzend die Mühsche der organisierten Arbeiter, ihnen das Lokal zu Verfügung zu stellen, z. B. in der Bräuterei der Arbeiterkundschaft mit Herr Barthel im Paulinenschacht. Herr Brandner, bei dem bis vor kurzem die Arbeiterkundschaft ihre Versammlungen abhalten konnte, hat, obwohl nur Arbeiter bei ihm verkehren, es jetzt für nötig befunden, diesen das Lokal zu entziehen. Ein wiederholtes Vorstellungsverlangen hatte nur zur Folge, daß er jeden Vermittlungsversuch höhnisch ausschlug. Wenn dieser Herr glaubt, ohne die Arbeiterkundschaft auszukommen, so wird die Zukunft zeigen, ob sein Glaube recht behält. Nebenfalls wird sich die Arbeiterkundschaft zu wehren wissen, indem sie ihn solange mit ihrem Besuche verschont, bis er anderen Sinnes geworden ist. Meistlich liegen die Dinge bei Herrn Barthel. Dieser Herr glaubt schon für die Arbeiter genug getan zu haben, wenn er sich soweit herabläßt und diesen sein Gefäß einsetzt. Treuherzig, wie er ist, behauptet er, ein Freund der Arbeiter zu sein. Seinen Saal kann er — bitte nicht zu lachen — deswegen der Arbeiterkundschaft nicht zur Verfügung stellen, weil sonst, man hätte uns keine, die der man tagenden Vereine auszuweichen würden. Nun weiß aber jedes Kind, daß diese Vereine, da sie meistens nur Arbeiter als Mitglieder haben, wollten sie so offen gegen die Arbeiterbewegung Stellung nehmen, direkt an Mitgliederwindsticht zugrunde gehen müßten. Uebrigens ist durch Umfrage festgestellt, daß dieses abfolgt nicht der Fall ist, Herr Barthel, um seinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, direkt die Unwahrheit sagt, wenn er solche Einwendungen erhebt. Arbeiter von Rothenbach! Wollt Ihr Euch diese Bräuterei und Verhöhnung von einigen Gastwirten noch länger gefallen lassen? Es ist beschämend für Euch, wenn Ihr dieses tun würdet. Haben nicht gerade jetzt die Vergarbeiter Verhandlungsfreiheit nötig? Lohn- und Bedingungsreduzierungen, schlechte Behandlung, ein rigoroses Strafwesen, alles dieses ist heute an der Tagesordnung. Die Zustände sind derart, daß der Vergarbeiter mit seiner Familie direkt hungern muß. Dazu ein Anknappungsstatut, welches einem jeden Invaliden sowie den Witwen und Waisen das Leben zur Hölle macht. Zu guter Letzt kommt jetzt noch der Kampf um Arbeitsnachweis dazu, eine Einschränkung, welche, sobald sie eingeführt sein wird, den Arbeiter zum Sklaven degradieren, kameraden: Wollen wir solche Zustände noch länger über uns ergehen lassen? Wenn wir das nicht wollen, dann müssen wir dagegen ankämpfen, dazu gehören aber Versammlungen und Lokale. Wenn von Euch ist nicht der Streit von 1906 noch in Erinnerung? Dieser Kampf konnte verlohren werden, wenn die Gastwirte uns das Mittel in die Hand gaben, indem sie ihre Säle zu Versammlungen zur Verfügung stellten, um gegen die damaligen Zustände ankämpfen zu können. Wir fragen einen jeden Vergarbeiter, liegen heute die Dinge nicht genau wieder so, als vor dem Streit 1906? Die Herren Barthel und Brandner sind mitschuldig, wenn sich dieselben Vorgänge im 1906 wiederholen sollten. Ihr Vergarbeiter von Rothenbach! Ueberall in ganz Deutschland regt sich die gesamte Arbeiterkundschaft. Nicht nur werden bei Wahlen Siege auf Siege errungen, auch sonst machen Partei und Gewerkschaften die größten Fortschritte. In der Lokalfrage ist die Arbeiterkundschaft ebenfalls überall erfolgreich vorgegangen, was sich besonders im Waldenburger Kreise in augenfälliger Weise zeigt. Noch vor drei bis vier Jahren stand den Waldenburger Arbeitern kein einziges Lokal für Versammlungen zur Verfügung, und heute? Heute können die Arbeiter in 13 Lokalen ihre Angelegenheiten ungehindert erledigen und immer neue Lokale kommen hinzu. In Wetzlar, Weiskirchen, Salzbümm, Götterberg usw. stehen der Arbeiterkundschaft alle größeren Lokale für alle Zwecke zur Verfügung offen. Um ein ähnliches Verhältnis im Rothenbach herbeizuführen, sollte hier ganz kurzer Zeit eine Besprechung der dortigen Saalbesitzer stattfinden. Wer aber nicht kam, war Herr Brandner und Herr Barthel! Obwohl dieser hoch und heilig verheißt, an dieser Besprechung teilzunehmen, war er es gerade, welcher andere Wirt davon abzuhalten suchte. Arbeiter von Rothenbach! Wie Ihr seht, ist alles getan worden, um mit den Gastwirten in Frieden auszukommen, doch wollen diese keinen Frieden. Sie wollen den Kampf. Nun gut, wir sind bereit, den Kampf aufzunehmen. Ein jeder gelobe, daß er der Stille eines Brandner sowie eines Barthel solange fern bleibt, bis diese beiden Herren zu einer besseren Einsicht gekommen sind. Ein jeder handele nach der Parole: „Der Wirt, der uns den Saal nicht gibt, bekommt von uns kein Geld!“

Gottesberg. Das „Gottesberger Stadtblatt“ besteht mit Jahresabschluss nunmehr 25 Jahre.

Neu-Salzbümm. Eine Distrikts-Versammlung findet Sonntag, den 2. Januar, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zur schönen Aussicht, Garion, statt. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Teuber, Neuwahl eines Distriktsführers. Anträge und Beschlüsse. Alle Genossen und Genossinnen sind bestens eingeladen.

Nach der Versammlung findet eine Konferenz sämtlicher Bezirksführer statt. Mitteilungsblätter, Markenbestände und alle noch ausstehenden Jahresberichte sind mitzubringen. Pflicht aller Bezirksführer ist es, zu erscheinen, da der Distriktsführer von Neujahr ab seine Funktion in Altwohler übernimmt. Auch werden bis zum 15. Januar sämtliche Bücher der Wandbibliothek eingezogen, um eine neue Auflage eingeholen, aus deren Bestände dann die Genossen beim neuen Distriktsführer wieder Bücher entnehmen können.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Striegau, 27. Dezember. Das zweite Volkskonzert am ersten Feiertage erfreute sich eines noch stärkeren Besuches wie das erste. Das Programm war sorgfältig zusammengestellt und gelangte in allen Nummern gut zum Vortrag. — Auf einmal! Auf der Tagesordnung des hier abgehaltenen Kreisrates stand u. a. auch ein Antrag: die Ortskrankenkasse für den Kreis Striegau aufzulösen. Der Antrag soll angeblich von einer Anzahl Gemeinde- und Gutsbezirke gestellt sein. In der Begründung heißt es: „Die Verwaltung der Ortskrankenkasse für den Kreis Striegau ist durch die letzten Wahlen in andere Hände übergegangen. Dadurch, daß der Vorsitzende, der größte Teil der Vertreter der Arbeitnehmer und fast der gesamte Rassenvorstand der industriellen Arbeiterkundschaft entstammt und so den Lebensbedingungen der ländlichen Arbeiter, denen doch mehr als 1/2 aller Rassenmitglieder angehören, völlig fernsteht, kann ein gegenseitiges Verständnis für die Bedürfnisse und die wahren Interessen der Landbevölkerung nicht erwartet werden. Die jetzige Leitung dieser Bestimmung ist, habe sich bereits dadurch gezeigt, daß der

Kassenvorstand seine Stellung als vom Besuche demütigt hat, durch Flugblätter Unfrieden zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber zu stiften, daß Anträge der ländlichen Bevölkerung auf Beibehaltung des Sonntags abgelehnt worden und Anträge auf Befreiung, welche ländliche Arbeitgeber auf Grund des § 136 des Gesetzes vom 5. Mai 1883 gestellt haben, in ganz unzulässiger Weise verschleppt worden sind. Aus allen diesen Vorgängen erhebt sich der Rassenvorstand u. g. e. i. n. e. t. zur Vertretung der durch das Gesetz gewährleisteten Rechte der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer und Arbeitgeber und da unter den obwaltenden Verhältnissen eine Änderung des Rassenvorstandes ausichtslos ist, dürfte es angebracht sein, die gänzliche vom Gesetz in § 136 Absatz 3 vorgesehene Auflösung der bestehenden Ortskrankenkasse herbeizuführen, die landwirtschaftlichen Versicherungspflichtigen in eine gemeinsame Ortskrankenkasse der landwirtschaftlichen Versicherungspflichtigen, die gewerblichen einer anderen Klasse zu überweisen und das Vermögen der Ortskrankenkasse für den Kreis Striegau zwischen diesen Klassen zu verteilen.“

Sämtliche Medner sprachen sich in der Diskussion natürlich für diesen Antrag des Kreisrats aus und die Abstimmung ergab die Annahme desselben. Daß dieses Agrarparlament so beschließen würde, war vorauszu sehen. Den Freiherren v. Nischhofen, von denen einer Landrat, Kreisratstagvorsitzender und auch Arbeitgeber ist war es um das Vermögen der Klasse zu tun, zu dem sie allerdings sehr wenig beigetragen haben. Seitdem Herr v. Nischhofen-Vargdorf als Vorsitzender der Klasse abgesetzt wurde und an seiner Stelle Genosse Pöhring den Vorsitz übernahm, zog ein anderer Geist in die Klasse ein. Viele Gutsbesitzer hatten die Klasse bisher in der unverschämtesten Weise betrogen, indem sie die bei ihnen beschäftigten Arbeiter einfach nicht anmeldeten. Der neue Vorstand ging diesen Betrugereien zu Leibe und deshalb der Sachverhalt sind die Agrarier wieder die Schnapphähne, denn eine Berechnung würde ergeben, daß das Vermögen fast nur von den Beiträgen der Industriearbeiter herrührt.

Am dritten Feiertage fand eine Interessenten-Versammlung der Ortskrankenkassen-Mitglieder statt, in welcher Genosse Neumann-Vieland über die geplante Auflösung der Klasse sprach. In der hieraus folgenden General-Versammlung der Vertreter zur Ortskrankenkasse des Kreises Striegau wurde jedoch dem Ratraat des Kreisrats ausichtslos ist, dürfte es angebracht sein, die gänzliche vom Gesetz in § 136 Absatz 3 vorgesehene Auflösung der bestehenden Ortskrankenkasse herbeizuführen, die landwirtschaftlichen Versicherungspflichtigen in eine gemeinsame Ortskrankenkasse der landwirtschaftlichen Versicherungspflichtigen, die gewerblichen einer anderen Klasse zu überweisen und das Vermögen der Ortskrankenkasse für den Kreis Striegau zwischen diesen Klassen zu verteilen.“

Sagan, 28. Dezember. Der Gasthof zum Löwen unter dem Belagerungszustand. Endlich ist dem Gasthofbesitzer Schubert nun die Polizei im weitesten Maße zu Hilfe gekommen. Zwei Polizeibeamte und der Polizeikommissar in eigener Person waren herbeigekommen, um den Postkutschmann das Handwerk zu legen. Name um Name der ruhig ihres Amtes wartenden Posten wanderte in die Postkutscherei. Daß dabei neben den richtigen Namen auch eine ganze Reihe unbestimmter Straßennamen dem Notierungseifer der Beamten zum Opfer fiel, ist selbstverständlich. Wehe dem Passanten, der auch nur einige Sekunden auf dem Bürgersteig stehen blieb. Dem Vorsitzenden des Komitees, der dem Treiben zuschaute, bleibt der Polizei-Inspektor eine Standrede, indem er ihn auf die Folgen des Postkutschens hinwies und ihm eine Schadenersatzklage von Schubert in Aussicht stellte. Im übrigen machte es keinen schönen Eindruck auf die Partei, wenn sie so vorgehe und auch nicht auf seine Person selbst, da er ja jetzt als Stadtverordneter gewählt ist. Der Genosse wies ruhig auf das Gesekmächtige des Vorgehens hin und erklärte sich zur Tragung der Folgen und Entgegennahme der Schadenersatzklage gern bereit. Leider konnte unter Genosse dem Polizei-Inspektor auf dem Einwand des „schönen Eindrud“ nicht antworten, sonst hätte er den rein rechtlichen, vom Standpunkt einer liberalen Gleichberechtigung aller Staatsbürger nur zu billigen Kampf der Arbeiter den Kampf gegenübergestellt, den eine gewisse Stelle zehn Jahre gegen die Arbeiter geführt und sie ihres Versammlungsrechts durch Druck auf die Saalbesitzer beraubt hat. Diese Zustände, die viel zu dem gespanntesten Verhältnis zwischen einigen Gutsbesitzern und den Arbeitern beigetragen haben, und die gewissermaßen schuld an dem ganzen Kampfe um die Lokale sind, sie sind es, die für immer einen „schlechten Eindrud“ hinterlassen haben. Wenn seit einer Reihe von Jahren die Arbeiterkundschaft den zehnjährigen Terrorismus befehtigt hat, so hat sie das hauptsächlich ihrer eigenen Kraft und Stärke zu danken. Zugegeben soll werden, daß nun auch eine liberalere Handhabung durch die Behörden platzgegriffen hat, die Uebergriffe Einzelner verhindert. Auch ein anderer Posten stehender „Stadtverordneter“ hatte eine längere „Unterhaltung“ mit dem Polizei-Inspektor. Alles in allem sehen unsere Genossen den Dingen mit größter Seelenruhe entgegen. Der Besuch des „Löwen“ war trotz Polizeibeihilfe auch nicht glänzend, trotzdem die Feiertage ja doch einige Besucher mehr brachten. Um 8 Uhr war niemand im Saale, bis um 10 Uhr hatten sich reichlich hundert Personen eingefunden. Von da an sank die Besucherzahl wieder. Genossen, nach den Vorkommnissen des letzten Sonntags gibt es keine andere Antwort, als nun erst recht nicht in den „Löwen“ zu gehen. Kein Großes von Arbeitern und auf zu neuem Kampfe! Der Sieg muß und wird unser werden!

Stanowitz, 23. Dezember. Aus der Partei. Die General-Versammlung des Wahlvereins wählte als Vorsitzenden den Genossen Großpietsch wieder. Kassierer wurde Genosse Leber, Schriftführer Gründel, Revisoren Schubert, Bärner und Gulab Hilbig; als Hilfskassierer wurde Genosse A. Lofe gewählt. Als Kandidaten für die nächste Gemeinbewahl wurden die Genossen Bärner und Jung angesetzt. Hiernach erstattete der Vorsitzende Bericht von der Kreisversammlung. Sodann wurde beschlossen, am 16. Januar das Stimmzettel des Wahlvereins zu feiern. Zum Schluss wurden die Genossen ersucht, nur diejenigen Wirt, Pöhring und Vogt, zu unterstützen, die der Arbeiterkundschaft ihre Lokale zur Verfügung stellen.

Rosenberg OS., 24. Dezember. Galatizisches. Das Gut Joletschke bei Kofelwitz sollte parzelliert werden. Der Landrat macht etwaige Kaufinteressenten darauf aufmerksam, daß es zur Errichtung von Wohnstätten auf etwa zu erwerbenden Parzellen der Parzellierung des Herrn Reiterungspräsidenten nach dem Anfechtungsgesetz bedürftig, welche aber im vorliegenden Falle voraussichtlich durchweg veräußert werden würde. Versteigerung hergestellte Wänter werden zwangsweise befreit werden, auch würde eine Bestrafung der zuwiderhandelnden Parzellenerwerber erfolgen.

Neueste Nachrichten.

Zur Eisenbahnkatastrophe in Böhmen. Prag, 28. Dezember. (S. L. B.) Die Verletzungen der meisten in Pardubitzer Krankenhaus Untergebracht sind schwere Knochenbrüche. Am Mittwoch soll der Verletzte auf dem betreffenden Geleise wieder aufgestanden werden. Der verhaftete Beamte hat nach längerem Verhör eingestanden, daß er die Befestigung des Güterzuges vollständig vergessen hat. Die Obstruktion der Leichen ist bereits erfolgt. Die beiden verunglückten Hofrichter, von denen der Vater bereits gestorben ist, stehen in keiner verwandtschaftlichen Beziehung zu dem in Wien verhafteten Oberleutnant Hofrichter. Die Staatsanwaltschaft hat Anhaltspunkte dafür erhalten, daß verbrecherische Elemente das Unglück benutzten, um die Verunglückten zu berauben. Einem Verwundeten ist die Uhr gestohlen worden, einem schwer Verletzten wurde ein Ring vom Finger gezogen.

Sturmberreibungen in aller Welt. New York, 28. Dez. (S. L. B.) Bei dem Sturmberreibungen in den Vereinigten Staaten sind 83 Personen ums Leben gekommen. Die Zahl der Schwerverwunden ist beträchtlich.

Paris, 28. Dezember. (S. L. B.) „New York Herald“ meldet aus Boston, daß auch Philadelphia von enormen Schneefällen heimgesucht wurde.

Wien, 28. Dezember. (S. L. B.) Die Folgen des stärksten Sturmes in der Nacht vom 27. zum 28. Dezember in Wien sind sehr beträchtlich. Die Wälder sind auf weite Strecken verwüstet. In mehreren Stellen wurden die Dächer bis zu 100 Meter weit fortgetragen. Von Chamanie bis La Brunn ist von allen Häusern nicht eines ohne ernsthafte Beschädigungen geblieben.

Wien, 28. Dezember. (S. L. B.) Ein Telegramm aus Genäna meldet, daß ein neuer Sturm die Provinz heimgesucht hat. Die telegraphischen Verbindungen sind teilweise geblieben. Mehrere Personen wurden von der Plattform der elektrischen Straßenbahn heruntergeschleudert und schwer verletzt. Auch sonst trugen zahlreiche Personen Verletzungen davon. Der Kommandant hat die Aufhebung des Schiffs unterstellt. Die Anten mehrerer Schiffe rissen. Ueber das Schicksal der Schiffe, die überfällig sind, herrscht große Verwirrung.

Wieder ein deutscher Spion?

Paris, 28. Dezember. (S. L. B.) Aus Spinal wird gemeldet: Die Polizei verhaftete unter dem Verdachte der Spionage einen Deutschen, der zwei Fremden-Regionären den Vorschlag gemacht hatte, mit ihm in das Arsenal einzudringen, um das Verstecknis eines Geschützes zu finden.

Kasernenunruhen?

Paris, 28. Dez. (S. L. B.) „Journal“ bringt die anderwärts noch nicht bestätigte Meldung, daß zwischen zwei Kompanien der 136. Inf.-Reg. in Straßburg schwere Krawalle stattgefunden haben, wobei fünf Soldaten daran verletzt wurden, daß an ihrem Aufkommen gemerkt wird.

Essen, 28. Dezember. (S. L. B.) Bei Duisburg ist wiederum auf einen Eisenbahnzug ein scharfer Schuß abgegeben worden. Die Fenster eines Wagens wurden durchschossen.

Madrid, 28. Dezember. (S. L. B.) Von einem schweren Unwetter wurde die Stadt Oporto heimgesucht. Große Weizenlager wurden völlig zerstört. Da die Gasarbeit überschritten ist, ist die Stadt ohne Licht. Man schätzt die Zahl der Toten auf 50. Im Ganzen sind 300 Fahrzeuge verloren. Der Schaden wird auf 40 Millionen geschätzt.

Wasserstandsberichte der Oder.

Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
28. 12.	1,720,821,202	—	1,281,854,721	2,871,551,391	5,151,151	—	0,801,261	—	—	—
27. 12.	1,750,681,200	0,971,211,791	4,701,611,481	1,241,121	—	—	0,881,131,171	—	—	—
Wasser	1,610,681,212	0,421,461,071	2,381,381,681,001	0,141,681,111	—	—	—	—	—	—

*) Auslieferung: 1. Kottbus 8,50; 1. Dresden (Oder) 8,25.

Versammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus.**
 Dienstag, den 28. Dezember:
 Französischer Anterakt. Abends Punkt 8 Uhr im Zimmer 3.
 Mittwoch, den 29. Dezember:
 Arbeiter-Sänger-Vereinigung Breslau und Umgegend. Schlußwöchentliche Probe. Anfang Abends 8 Uhr. Es wird eingeladen: „Tantalus“, „Schott“, „Vorbereitung“, „Dem Veng entgegen“, „2. und 3. Unterbezirk“, „Freunde“, „Wänter“, „Internationale“, „Marie-Häuser“. Das Erscheinen aller Sänger erwünscht.
 Donnerstag, den 30. Dezember:
 Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Vortragsabend von 7—9 Uhr im Zimmer 7.
 Freitag, den 31. Dezember:
 Eilbestervergnügen des Gewerkschafts-Komitees im großen Saal.
 Sonnabend, den 1. Januar:
 Jubiläumfeier des Sozialdemokratischen Vereins. Anfang 11 Uhr. Chor, Orchester, Rezitationen, Feste. Programme à 20 Pf. überall zu haben.
Sozialdemokratischer Verein Breslau.
 Distrikt 4 (Kottbus).
 Dienstag, den 28. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Hönig, Lebnitzstraße 3, Sitzung der Bezirksführer und Neuwahl des Distriktsführers.
 Distrikt 16 (Strehleener Tor).
 Donnerstag, den 30. Dezember, Abends 8 Uhr, Hubenstraße 80, Zusammenkunft aller Mitglieder des Distrikts. Tagesordnung: 1. Wahl des Distriktsführers und der Bezirksführer. 2. Verschiedenes. Der Distriktsführer.
Sozialdemokratischer Verein Breslau (Süd).
 Neumarkt.
 An die Distriktsführer!
 Diejenigen Distriktsführer, welche bis jetzt noch nicht abgerechnet haben, werden ersucht, bis 3. Januar abzurechnen. Ferner eruchen wir die Quartals-Abrechnung vom 3. Quartal bis spätesten 15. Januar 1910 an das Sekretariat einzuliefern. Der Vorstand.

Steglich, Legitarbeiter. Sonntag, den 2. Januar, Nachmittags 1 1/2 Uhr: Einbeziehung der Kinder. Von 4 Uhr Nachmittags ab für die Mitglieder und deren Angehörige Saal.
Strehlen, Wahlverein. Sonntag, den 2. Januar, Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Hoffmann (Neustädtchen). Tagesordnung: 1. Quartals- und Jahres-Abrechnung. 2. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.
Neudorf bei Antonieuhütte. Karzell. Sonntag, den 2. Januar, Vormittags 11 Uhr: Sitzung im Gewerkschaftslokal, Privatweg bei Woll.

Wir empfehlen:
Hochkonjunktur
 und
Wirtschaftskrisis
 von
Max Schippel.
 Preis 50 Pf.
 Buchhandlung „Volkswacht“.

Akoholische Getränke
Bier, Wein, Spirituosen, Sekt, etc.

Bandagen
Erik, W., Bandagen, etc.

Bäckereien und Konditoreien
Brot, Kuchen, Gebäck, etc.

Färberei u. Wäscherei
Färberei, Wäscherei, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen
Fahrräder, Nähmaschinen, etc.

Berufskleidung
Anzüge, Hemden, etc.

Bier-Brauereien, Bier-Verleger
Bier, etc.

Brauerei Knappe
Bier, etc.

Brot-Union-Brauerei
Brot, etc.

Brauerei Knappe, C. Breslau
Bier, etc.

Brauerei Knappe, C. Breslau
Bier, etc.

Brauerei Knappe, C. Breslau
Bier, etc.

Brauerei Knappe, C. Breslau
Bier, etc.

Brauerei Knappe, C. Breslau
Bier, etc.

Brauerei Knappe, C. Breslau
Bier, etc.

Brauerei Knappe, C. Breslau
Bier, etc.

Brauerei Knappe, C. Breslau
Bier, etc.

Drogen und Farben
Drogen, Farben, etc.

Eisen- u. Stahlwaren
Eisen, Stahl, etc.

Färberei u. Wäscherei
Färberei, Wäscherei, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen
Fahrräder, Nähmaschinen, etc.

Berufskleidung
Anzüge, Hemden, etc.

Bier-Brauereien, Bier-Verleger
Bier, etc.

Brauerei Knappe
Bier, etc.

Brot-Union-Brauerei
Brot, etc.

Brauerei Knappe, C. Breslau
Bier, etc.

Brauerei Knappe, C. Breslau
Bier, etc.

Brauerei Knappe, C. Breslau
Bier, etc.

Brauerei Knappe, C. Breslau
Bier, etc.

Brauerei Knappe, C. Breslau
Bier, etc.

Brauerei Knappe, C. Breslau
Bier, etc.

Brauerei Knappe, C. Breslau
Bier, etc.

Brauerei Knappe, C. Breslau
Bier, etc.

Brauerei Knappe, C. Breslau
Bier, etc.

Gardinen, Teppiche
Gardinen, Teppiche, etc.

Grammophone, S. rechenmaschinen
Grammophone, Rechenmaschinen, etc.

Grabdenkmäler
Grabdenkmäler, etc.

Hygienische Gummiwaren
Hygienische Gummiwaren, etc.

Hygienische Gummiwaren
Hygienische Gummiwaren, etc.

Haus- u. Kochgeräts Glas- u. Porzellanhdg.
Haus- u. Kochgeräts Glas- u. Porzellanhdg., etc.

Herren-Garderobe
Herren-Garderobe, etc.

Hüte und Mützen
Hüte und Mützen, etc.

Hüte und Mützen
Hüte und Mützen, etc.

Hüte und Mützen
Hüte und Mützen, etc.

Hüte und Mützen
Hüte und Mützen, etc.

Hüte und Mützen
Hüte und Mützen, etc.

Hüte und Mützen
Hüte und Mützen, etc.

Hüte und Mützen
Hüte und Mützen, etc.

Hüte und Mützen
Hüte und Mützen, etc.

Hüte und Mützen
Hüte und Mützen, etc.

Hüte und Mützen
Hüte und Mützen, etc.

Kolonialwaren
Kolonialwaren, etc.

Kolonialwaren
Kolonialwaren, etc.

Kolonialwaren
Kolonialwaren, etc.

Kolonialwaren
Kolonialwaren, etc.

Kolonialwaren
Kolonialwaren, etc.

Kolonialwaren
Kolonialwaren, etc.

Kolonialwaren
Kolonialwaren, etc.

Kolonialwaren
Kolonialwaren, etc.

Kolonialwaren
Kolonialwaren, etc.

Kolonialwaren
Kolonialwaren, etc.

Kolonialwaren
Kolonialwaren, etc.

Kolonialwaren
Kolonialwaren, etc.

Kolonialwaren
Kolonialwaren, etc.

Kolonialwaren
Kolonialwaren, etc.

Kolonialwaren
Kolonialwaren, etc.

Kolonialwaren
Kolonialwaren, etc.

Kolonialwaren
Kolonialwaren, etc.

Palzwaren
Palzwaren, etc.

Palzwaren
Palzwaren, etc.

Palzwaren
Palzwaren, etc.

Palzwaren
Palzwaren, etc.

Palzwaren
Palzwaren, etc.

Palzwaren
Palzwaren, etc.

Palzwaren
Palzwaren, etc.

Palzwaren
Palzwaren, etc.

Palzwaren
Palzwaren, etc.

Palzwaren
Palzwaren, etc.

Palzwaren
Palzwaren, etc.

Palzwaren
Palzwaren, etc.

Palzwaren
Palzwaren, etc.

Palzwaren
Palzwaren, etc.

Palzwaren
Palzwaren, etc.

Palzwaren
Palzwaren, etc.

Palzwaren
Palzwaren, etc.

Trauer-Kleidung
Trauer-Kleidung, etc.

Trauer-Kleidung
Trauer-Kleidung, etc.

Trauer-Kleidung
Trauer-Kleidung, etc.

Trauer-Kleidung
Trauer-Kleidung, etc.

Trauer-Kleidung
Trauer-Kleidung, etc.

Trauer-Kleidung
Trauer-Kleidung, etc.

Trauer-Kleidung
Trauer-Kleidung, etc.

Trauer-Kleidung
Trauer-Kleidung, etc.

Trauer-Kleidung
Trauer-Kleidung, etc.

Trauer-Kleidung
Trauer-Kleidung, etc.

Trauer-Kleidung
Trauer-Kleidung, etc.

Trauer-Kleidung
Trauer-Kleidung, etc.

Trauer-Kleidung
Trauer-Kleidung, etc.

Trauer-Kleidung
Trauer-Kleidung, etc.

Trauer-Kleidung
Trauer-Kleidung, etc.

Trauer-Kleidung
Trauer-Kleidung, etc.

Trauer-Kleidung
Trauer-Kleidung, etc.

Die Invalidenversicherung im Jahre 1908.

Dem Reichstage ist soeben zugegangen die Nachweisung über die Geschäft- und Rechnungsergebnisse der zur Durchführung der Invalidenversicherung errichteten Versicherungsanstalten und der vom Bundesrate zugelassenen Kassenrichtungen für das Jahr 1908 nebst Vorbemerkungen.

Demnach sind im Jahre 1903 139.789 Renten festgesetzt worden gegen 134.560 im Vorjahre. Das ist durch die Zunahme in der Zahl der Lohnarbeiter, also auch der Versicherten, erklärlich. Wir haben auch fernerhin auf eine Zunahme in der Zahl der festgesetzten Renten zu rechnen. Die Gesamtausgaben für Renten ist von 147,6 Millionen Mark im Vorjahre auf 152,7 Millionen Mark gestiegen. Von den festgesetzten Renten bilden den größten Teil die Invalidenrenten. Es sind nämlich 116.852 Invalidenrenten bewilligt worden, gegen 112.220 im Vorjahre. Viel geringer ist die Zahl der bewilligten Krankenrenten: 11.951 gegen 11.527 im Vorjahre. In letzter Stelle kommen die bewilligten Altersrenten: 10.986 gegen 10.818. Die Zunahme in der Zahl der festgesetzten Altersrenten ist verhältnismäßig sehr gering.

Die Beiträge mühen: 135.705 Fällen zurückerstattet werden, gegen 133.537 Fälle im Vorjahre. Davon kamen 13.342 auf Heiratsfälle, gegen 152.487 im Vorjahre. Also ein Rückgang. Dieser ist auf zwei Umstände zurückzuführen. In erster Linie wird erfreulicherweise die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen größer, die darüber aufgestellt sind, daß sie klüger tun, sich nach der Hochzeit die Beiträge der jungen Frau nicht zurückzahlen zu lassen, sondern die Versicherung fortzusetzen. Außerdem mag im letzten Jahre, unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise, die Zahl der Heiratsfälle unter den versicherten Arbeiterinnen etwas geringer als im Vorjahre gewesen sein. Ferner wurden die Beiträge infolge 36.776 Todesfällen zurückgezahlt, gegen 35.161 im Vorjahre, und infolge 587 Unfällen gegen 616 im Vorjahre. Die letzte Zahl ist, abgesehen genommen, so gering, daß auf ihre Größe zufällige Umstände von einschneidendem Einfluß sein können.

Ueber das Alter, in dem die Arbeiter invalide geworden sind, gibt die folgende Tabelle Auskunft.

Von je 1000 hinzugekommenen Rentenempfängern waren:

im Alter von	Empfänger der Invalidenrente	Krankenrente
2) bis 24 Jahren	27	82
25 " 29 "	45	130
30 " 34 "	47	125
35 " 39 "	48	121
40 " 44 "	53	117
45 " 49 "	70	111
50 " 54 "	93	118
55 " 59 "	137	108
60 " 64 "	184	61
65 " 69 "	183	16
70 und mehr "	109	1

Im Vergleich mit den Zahlen des Vorjahres ist der Satz der ersten Altersklasse etwas geringer geworden. Dies ist um so erfreulicher, weil auch schon im Jahre 1907 im Vergleich mit dem Jahre 1906 ein Rückgang zu verzeichnen war. Die Zahlen für die Jahre 1908 bis zurück zum Jahre 1906 sind: bei den Invalidenrentnern 27, 29, 30, bei den Altersrentnern 82, 84, 86. Im übrigen ist die

Verflechtung der Zahlen von einem Jahre zum anderen nicht groß.

Zu beachten ist aber, daß doch schon eine erschrecklich große Zahl von Arbeitern in ganz jungen Jahren, sowie von Familienvätern in den besten Jahren invalide werden. Von den neu hinzugekommenen Invalidenrentnern waren nicht weniger als 31.029 unter 50 Jahren und von den neu hinzugekommenen Krankenrentnern waren 8502, also mehr als zwei Drittel, unter 50 Jahren. Das ist eine geradezu unnatürliche Erscheinung, die nur durch die rückwärtslose Ausbeutung der jungen Arbeiter zu erklären ist. Sie sollte uns eine Mahnung sein, alles zu tun, um einen besseren Schutz der Arbeiter vor den Gefahren ihrer Arbeit zu erlangen. Bis zu den Altersklassen 55 bis 59 Jahre ist die Steigerung der Sätze für die Invalidenrentner viel geringer als von dieser Altersklasse an. Dies beweist, daß die Arbeiter in der Regel längstens bis zum 55. Jahre noch einigermaßen leistungsfähig bleiben. Deshalb müßte eigentlich eine Altersrente von diesem Jahre an gewährt werden.

Die Höhe der Renten ist nur ganz minimal gestiegen. Es stellte sich der Durchschnittsbetrag:

der Invalidenrente auf 170,31 Mk. pro Jahr = 47 Pf. pro Tag
der Krankenrente " 169,96 " " " = 46 " " "
der Altersrente " 163,15 " " " = 45 " " "

Daß in unserem Zeitalter die invalide Arbeiter noch mit solchen Vorkommnissen abgefunden werden, ist eine Schmach und Schande.

Zur Durchführung des Heilverfahrens wurden fast 31 Millionen Mark ausgegeben, gegen 17,8 Millionen im Vorjahre. Diese Steigerung ist gegenüber dem tatsächlichen Bedürfnis viel zu gering. Noch immer gibt es viel zu viele Arbeiter, denen nicht oder zu spät die Möglichkeit geboten wird, sich einem Heilverfahren zu unterziehen. Zu den Kosten des Heilverfahrens sind von anderer Seite 4,6 Millionen zugesprochen, und zwar am meisten von den Krankenkassen: 4,26 Millionen. Die Unfallversicherung leistet auch hier nur sehr wenig. Ihr Zuschuß beträgt nur 17.319 Mark.

Den Angehörigen der Versicherten, die sich einem Heilverfahren unterzogen hatten, wurden 1,57 Millionen Mark als gesetzlich vorgeschriebene Mindestunterstützung ausgezahlt, gegen 1,27 Millionen im Vorjahre.

Für Invalidenhauspflege sind 820.932,86 Mark ausgegeben worden, gegen 653.937,20 Mark im Vorjahre.

23 Invalidenversicherungsanstalten oder Kassenrichtungen haben eine Invalidenhauspflege durchgeführt, gegen 20 im Vorjahre. Richtig leisten noch viele Versicherungsanstalten und Kassenrichtungen auf diesem Gebiete gar nichts. Ein Teil der Ausgaben ist aber namenlos durch Einbehaltung der Renten der versicherten Personen ersetzt worden, sodaß sich der reine Zuschuß der Invalidenversicherung auf 518.591,79 Mark stellt, gegen 443.983,43 Mark im Vorjahre. Auch hier eine viel zu geringe Steigerung.

Schließlich sind noch die außerordentlichen Leistungen zu erwähnen. Das sind die über den im Gesetz vorgeschriebenen Mindestbeitrag hinausgehenden Leistungen für Angehörige solcher Versicherten, die in Heilbehandlung genommen sind. Hierfür wurden 1.105.223,91 Mark ausgegeben, gegen 812.835,93 Mark im Vorjahre. Hier müßte noch viel mehr geleistet werden.

Im ganzen ist nur eine ganz ungenügende Vergrößerung der Leistungen eingetreten. Die Invalidenversicherung frantk eben an zwei schweren Mängeln: die Verwaltung

ist zu bürokratisch, und es stehen ihr zu wenig Mittel zur Verfügung. Diese Mängel sollten bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung unbedingt beseitigt werden.

Partei-Angelegenheiten.

Die ersten größeren Siege der spanischen Sozialisten

Die bekanntlich bei den letzten Gemeinderatswahlen errungen wurden, schreibt ein Brief der „Täglichen Rundschau“ aus Madrid wie folgt:

„Simmelhoch fauchend — zum Tode betrübt“, das sind die Stimmungen, die man nach der Wahlkämpfe vom 12. Dezember bei den liberalen Parteien einerseits und den Konservativen und der ihnen verbündeten „Defensa Social“ (Soziale Verteidigung) andererseits beobachten kann. Liberale, Republikaner und Sozialisten haben bei den Gemeinderatswahlen solche Erfolge erzielt, daß sie selbst davon überrascht sind; und die Niederlage der Konservativen und ihrer Verbündeten ist eine so große, wie die Besessenen unter ihnen sie nicht gefürchtet und ihre Gegner nicht zu hoffen gewagt haben.

In 20 Provinzial-Hauptstädten haben die Republikaner, zum Teil im Verein mit den Sozialisten, den größeren Teil der Mandate erobert oder stehen sie den monarchisch gesinnten Parteien gleich oder haben sie eine anfängliche Minorität gewonnen, während die Konservativen, also die Partei, die noch vor zwei Monaten am Ruder war und ein absolutes Regiment ausübte, in 15 Provinzialhauptstädten keinen Kandidaten durchzubringen vermochten und in weiteren sechs nur je einen in den Stadtrat schicken kann. In der Hauptstadt des Landes, in der königlichen Residenz Madrid, erleiden alle sieben aufgestellten Kandidaten eine geradezu vernichtende Niederlage; denn sie vereinigten auf sich nur 9912 Stimmen, während die Liberalen 31.683 und die verbündeten Republikaner und Sozialisten 32.155 erhielten; in San Sebastian, der Sommerresidenz des Königs, kommt ein Konservativer mit 1000 Stimmen durch, während 6 Republikaner und 2 Sozialisten einen glänzenden Sieg erringen; und in Barcelona, der größten und reichsten Stadt Spaniens, endlich bleiben die monarchischen Regierungsparteien (Liberale und Konservative) überhaupt ohne Vertretung, während 20 Republikaner und 5 Regionalisten, die sich heute noch monarchisch nennen, ins Stadthaus einzeln.

Das sind schmerzliche Tatsachen für die Konservativen und bedenkliche Symptome für die Entwicklung der spanischen Monarchie.

Die republikanisch-sozialistische Koalition, die erst vor einem Monat zustande gekommen ist, hat die erste Kraftprobe glänzend bestanden, indem sie in Madrid von 28 Mandaten 13 eroberte; ein vierzehnter ist ihnen nur durch wenige Stimmen verloren gegangen und andere wären ihnen in die Hände gefallen, wenn die Konservativen in gefährdeten Bezirken nicht für liberale Kandidaten eingetreten wären; wenigstens wird dies von der konservativen Presse behauptet. Außer in Madrid hat die genannte Vereinigung noch in sieben größeren Industriestädten bedeutende Erfolge erzielt, in einigen sogar die Mehrheit der Mandate erobert. Es ist das erste Mal, daß die Sozialisten sich mit einer anderen Partei verbündet haben; bisher sind sie stets allein marschiert und haben daher nur in wenigen Städten Eintritt in die Verwaltung erlangt; vom Abgeordnetenhaus waren sie bisher ausgeschlossen. Da es sich bei der Koalition aber um ein allgemeines Wahlbündnis handelt, dürfen bei den nächsten Corteswahlen auch einige Sozialisten gewählt werden.

Daß der Löwenanteil bei den Wahlen den Anhängern der Regierung zugefallen ist, ist selbstverständlich. Ohne zu direkt ungeleglichen oder gar gewalttätigen Mitteln zu greifen, wie es in früheren Zeiten geschehen ist — hier und da sind allerdings auch jetzt grobe Ungehelichkeiten vorgekommen — verfügt die Regierung doch über genügende Mittel, um ihr günstige Wahlen zu erzielen, ohne daß der Schein der Rechtfertigung derselben beeinträchtigt würde. Hieraus machen selbst die Konservativen der Regierung keinen Vorwurf, denn sie haben es früher nicht besser gemacht und werden es auch später nicht besser machen, wenn sie einmal wieder aus Madrid kommen sollten.

Der Vorwurf, daß die Organe der Regierung sich hier und dort Vergeßlichkeiten konservativer Kandidaten und ihrer Wähler haben zuschulden kommen lassen, ist berechtigt; über das gleiche Unrecht beklagen sich auch die Republikaner und

Aus aller Welt.

Cool und Kopenhagen. Ueber die Annahme, welche der Spruch der Prüfungskommission in Kopenhagen gefunden hat, wird der „Frankf. Ztg.“ von dort geschrieben: Wenige Minuten, nachdem die Kommission ihr Urteil gefällt hatte, wurde die hauptstädtliche Bevölkerung durch Gerächtslärm benachrichtigt. Das Urteil machte überall einen peinlichen Eindruck, und man empfand es gewissermaßen mit einer nationalen Scham als Demütigung, daß man sich von Dr. Cool hätte hinter das Licht führen lassen. Unsere alte hochangesehene Universität empfand das Geschehene ganz besonders schmerzhaft, weil sie unter dem Hochdruck der leichtbeweglichen öffentlichen Meinung unvorsichtlich genug gewesen war, dem amerikanischen Reisenden unbedingten Glauben zu schenken und ihm den Titel eines Ehrendoktors zu verleihen, ohne erst das Ergebnis einer wissenschaftlichen Untersuchung des „reichhaltigen Materials“ abzuwarten, welches Cool versprach, ihr baldmöglichst zur Verfügung zu stellen. Das vernichtende Urteil über Cool ist einstimmig gefällt worden, und es verdient ausdrücklich hervorgehoben zu werden, daß selbst diejenigen Mitglieder der Kommission, die bis zum letzten Augenblick voll und fest an Cool geglaubt haben, sobald sie Gelegenheit gehabt, in das „reichhaltige Material“ Einsicht zu bekommen, die Ueberzeugung gewonnen, Dr. Cool könne nichts anderes als ein abgeleiteter Schwindler sein. Die Abendblätter brachen den Stab über Cool, finden aber einen schwachen Trost darin, daß auch New York rüchlich blamiert ist, indem diese Weltstadt Dr. Cool zu ihrem Ehrendoktor gemacht hat.

Aus dem Lande der Polizeiregistratur. Ein Parteigeheime schreibt dem „Vorwärts“: „Im Januar des Jahres 1902 war ich infolge Arbeitslosigkeit und Geldmangels genötigt, zum Wanderstab zu greifen. Trotz aller Bemühungen, trotz besserer Zeugnisse konnte ich neun Wochen lang keine Arbeit erhalten. Meinen Unterhalt in dieser Zeit erhielt ich zum Teil in dürftigster Weise auf den Verpflegungsinstitutionen, zum Teil befruchtete ich denselben durch die unter Angst und Bangen ersehnten Gaben mildtätiger Menschen. In Nürnberg erreichte mich mein Schicksal. Mit acht Pfennigen und einem halben Brötchen in der Tasche wurde ich beim Verlassen eines Bäckereiladens verhaftet. Drei Tage Haft war die Strafe.“

Gestern, am 20. Dezember 1909, wurde ich auf das Polizeibureau in der Goldstraße gerufen. Dort richtete man zu meiner Ueberraschung an mich die Frage, ob es richtig ist, daß ich 1902 wegen Bettelns bestraft wurde. Ich bejahte. Das wäre alles, erklärte dann der Sachmeister, ich könnte gehen, was ich auch tat. Nun ließ mir diese Frage keine Ruhe mehr. Ich überlegte und überlegte, was wohl der Grund zu dieser Frage sein könnte, wo ich mit 1902 und vor dem hier Geschickerten mit der Polizei auch nicht das geringste zu tun hatte. Was um muß die Polizei diese mir selbstverständliche Erinnerung nach so langer Zeit wieder mahnen? Ich ging deshalb am anderen Tage wieder zur Polizei, um meine An-

kunft darüber zu erhalten. Von einem Polizeioffizier erhielt ich die Antwort. Der Herr sagte, daß diese Frage nach 30 Jahren noch an mich gerichtet werden könnte. Das Polizeibureau wäre nicht die Veranlassung zu der Frage, sondern das Polizeipräsidium, dort müßte ich mich hinwenden.“

Der Schreiber obiger Zeilen vergißt, daß wir in Preußen leben. Da wird alles kein läublich registriert und in die für den einzelnen Einwohner angelegten Personalblätter eingetragen.

Ueber den neuen Kriegshelms. Der bei unserer Armee zur Einführung kommen wird, werden folgende Einzelheiten berichtet: Der neue Kriegshelm unterscheidet sich von den bisher getragenen in einigen sehr wesentlichen Punkten. Die besonders im Felde einen großen Vorteil gewähren werden. Bei der neuen feldgrauen Kriegshelmschirm war bekanntlich ein Helm beibehalten worden, der sich nicht wesentlich nach der praktischen Seite hin von dem alten Kriegshelmschirm unterschied. Der granuline Ueberzug war das sichtbarste Merkmal. Der neue Kriegshelm berücksichtigt dagegen in seiner Konstruktion die Erfordernisse des Krieges in hervorragender Weise. So ist zum Beispiel eine sehr praktische Einrichtung getroffen worden, daß der beiden Schirme des Helms vorn und hinten aufgelegt werden können. Die Infanterie feuert fast ausschließlich im Liegen. Die Schirme des alten Helms bildeten sehr oft für den Frontkämpfer, der sich in der liegenden Stellung befand, ein großes Hindernis. Teils stießen sie gegen das Gesicht des Soldaten, teils verunreinigten sie den freien Anblick des schußbereiten Mannes. Bei dem neuen Helm sind diese Unzulänglichkeiten vermieden, ohne daß dabei die alte, gewohnte und sehr erprobte Form irgendwie hätte abgeändert werden müssen. Selbstverständlich kommt die vielanerkennende Helmzier, die ein wahres Leuchtfeuer bildet, in Fortfall. Alle Beschläge sind matt bronziert, um die Sonnenstrahlen nicht zurückzuwerfen. Der Helm ist, wie bekannt, aus grünem Stoff gefertigt. Er wird gegenwärtig einer Anzahl Infanterieregimenter zum Anprobieren überwiesen und dürfte voraussichtlich zur vollen Einführung gelangen.

Es hat lange gedauert, ehe die Militärverwaltung das ausgeführt hat, was der Sozialdemokrat Bebel schon vor langen Jahren für notwendig erklärte.

Ein Erbschaftsstreit. In Bad Nauheim, wo er wegen eines Herzleidens weilt, hatte ein Deutscher namens Böhm den Einfall, an eine von ihm verehrte französische Opernsängerin namens Koufflet folgende Postkarte zu schreiben: „Ich danke Dir für die herrlichen Gelangsvorträge, welche mich mein Leben vergessen ließen und schenkte Dir zugleich meines Todes mein geordnetes Vermögen in Höhe von 1,2 Mill. Mk., das beim Kredit Lyons s liegt.“ Nach Böhms Tode machte Frau Koufflet Anspruch auf Böhms Vermögen. Der Pariser Gerichtshof erklärte aber ihre Ansprüche für unzulässig und das Testament für unzulässig, da die nach deutschem Gesetz erforderliche Dreifachgatte fehlte und der Poststempel keinen Beweis dafür lieferte.

Literatur.

Der dritte Band der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Von der von Eduard Bernstein im Auftrage der Berliner Sozialdemokratie herausgegebenen Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung ist kürzlich das erste Buch des dritten Bandes erschienen, der die Zeit von Ende des Sozialistenjahres bis 1905 umfaßt, also 15 Jahre Berliner Arbeiterbewegung der allerjüngsten Zeit faßt. Stellen schon die beiden ersten Bände weit mehr als eine lokale Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, nämlich ein sehr großes Stück der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt dar, so wird der dritte Band in noch weit erhöhtem Maße ein allgemeines Interesse verdienen, und seine Ausgabe läßt erwarten, daß er ein Geschichtswerk von einer besonderen Eigenart werden wird. Die 18 Kapitel werden im einzelnen behandeln: Die Entwicklung der inneren Politik Deutschlands seit 1890. Die soziale Entwicklung Berlins von 1890 bis 1905. Die Parteiorganisationen unter dem gemeinen Recht. Bemerzwerke Konferenzen und beratende Versammlungen der Sozialdemokratie Berlins. Die bedeutendsten Demonstrationen der Berliner Arbeiterbewegung. Die Wahlen zum Deutschen Reichstag in Berlin und den Vororten. Die Vertretung der Sozialdemokratie Groß-Berlins in den Kommunalverwaltungen. Die Sozialdemokratie in den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten Groß-Berlins. Die Gewerkschaftsbewegung Berlins. Die bedeutendsten gewerkschaftlichen Kämpfe Berlins. Der große Bierboycott. Die gewerkschaftliche Bewegung der Handlungsgehilfen Berlins. Die sozialdemokratische Frauenbewegung Berlins. Die Berliner Sanitätskommission und der Loggott der Charite. Die Schöpfungen der Berliner Sozialdemokratie für Bildung und Kunst. Die Entwicklung der sozialdemokratischen Presse Berlins. Ein Blick auf die gegnerischen Bewegungen. Die Opfer und die Bilanz des Kampfes.

In diesem Buche wird also ein Bild von dem gesamten Wirken der Arbeiterbewegung gegeben werden, wie sie schöpferisch auf allen Gebieten des Lebens wirkt und die soziale und kulturelle Entwicklung beeinflusst. Berlin bildet naturgemäß den Zentralpunkt des politischen und geistigen Lebens, so daß alle geschichtlichen Ereignisse während des geschichtlichen Zeitraumes in Berlin am stärksten in die Erscheinung treten. Wie der erste und zweite, so wird auch der dritte Band mit zahlreichen Illustrationen versehen, die uns bekannte Personen und wichtige Ereignisse vorführen und interessante Dokumente in Form von Briefen, etc. Der dritte Band erscheint in 30 Lieferungen à 20 Bg. Der ganze Band wird in 10 Heften à 6,50 Mk. im Gesamtpreis 7,50 Mk. folgen.

Die weitesten Kreise der Arbeiterbewegung sind außerordentlich aus dankbar für dieses bedeutende und wichtige Geschichtswerk, das ein so großes Interesse empfinden.

Sozialisten, was aber nicht genug, einzugestehen, daß diese Gewalttätigkeiten auf das Gesamtergebnis der Wahlen nur einen geringen Einfluß gehabt haben; Republikaner und Sozialisten hätten vielleicht zehn Mandate mehr haben können; aber was sagt das, wenn sie im ganzen in den Städten mit mehr als 6000 Einwohner 532 Mandate erobert haben.

geringerem Maße als die Mitgliederzahl stiegen die Gesamtergebnisse zurück, nämlich von 588,000 im Jahre 1907 auf 576,000 im Jahre 1908. Der Rückgang des organisierten Bestandes dürfte eine Folge der wirtschaftlichen Krise sein, die sich im Jahre 1908 auch in Italien geltend zu machen anfing.

aber nur durch die rechte Warte. Das Motiv zu dem Selbstmordversuch soll Schermer sein. Der Lebensmüde ist heute noch nicht vernehmungsfähig.

Waltwalden, 28. Dezember. Opfer des Eises. Am zweiten Feiertage vergaßen sich einige Knaben durch Schlittschuhlaufen auf dem nach Siffersdorf zu gelegenen sogenannten Odenleiche, als plötzlich die schon worsche Eisdicke brach und der neunjährige Sohn des Rimmermanns Dainke und der elfjährige Martin Beckenleiter in der Tiefe verschwanden. Der Knabe Beckenleiter kam jedoch wieder in die Höhe und konnte durch die Helfesgegenwärtigkeit des anwesenden gleichaltrigen Sohnes des Schuhmachereisters Raubach, der ihm einen Ast hinreichte, gerettet werden. Ernst Dainke konnte nach längerem Suchen nur noch als Leiche geborgen werden.

Waltwalden, 28. Dezember. Beim Toben in der Nähe von Siffersdorf ist am Donnerstag Nachmittag in Weisbach das 14 Jahre alte Schulmädchen D. Barthel. Sie lag mit dem Kopfe an einem Stein und sog sich einen schweren Schuß durch den Kopf.

Waltwalden, 28. Dezember. Leichenfund. Am Weihnachtsabend fand der Revierförster Rahn von hier in der Nähe der Falkenberg die Leiche des Rentierempfinders Förster aus Schwiedeburg. Förster, der seit dem 2. Dezember vermißt wird, war gefesselt und hat sich offenbar verirt. Infolge von Erschöpfung und der Kälte blühte er dann im Walde, aus dem er nicht mehr herausgefunden, seinen Tod gefunden haben.

Neurode, 28. Dezember. Merkwürdige Ueberzeugungskraft. In groben Beschimpfungen derjenigen Katholiken, die nicht-katholische Väster seien, hat sich ein P. Gunther auf einem Familienabend zu Wilschleben i. Schl. hinreißend lassen. Wie das Zentrumblatt „Neuroder Volksblatt“ mitteilt, hat er folgende Worte gebraucht:

„Ein Katholik, ein Mann von Ueberzeugung überhaupt, diese keine Zeitung lesen, die weder den einen noch den anderen Standpunkt vertritt. Ein Mann, der keine Ueberzeugung habe, sei ein Waffenschläpper und gehöre zu den Lumpen.“

Die katholischen Pfarrer kennen ihre Leute zu genau, um nicht zu wissen, daß diese sich von ihnen ungestraft die größten Gemeinheiten anhängen lassen. Trotzdem nehmen sich die „Waffenschläpper“ und „Lumpen“ aus dem Munde eines Dieners der Religion der Liebe besonders lieblich an.

Wieschowitz, 27. Dezember. Hohe Steuern. Die Gemeinde Wieschowitz ist nach den gemachten Feststellungen der einzige Ort in der gesamten preussischen Monarchie, die 400 Prozent Zuschläge zu der Staatseinkommensteuer als Kommunalabgaben erhebt. Dieser hohe Steuerfuß wird von keiner anderen Stadtbezugs-Landgemeinde nur annähernd erreicht. Dazu kommen jetzt noch die neuen indirekten Steuern, die vom blau-schwarzen Blod bewilligt wurden.

Neustadt O., 28. Dezember. Der Schießsprügel. Der neunjährige Sohn des Stellenbesizers Beck in Neuhof erschoss sein dreijähriges Schwesterchen, auf das er mit dem Jagdgewehr seines Vaters im Scherze angesetzt hatte. Das Kind war sofort tot.

Falkenberg O., 28. Dezember. Graf Friedrich Praszma. Am 1. Weihnachtstfesttag ist der Herrschaftsbefizer Graf Friedrich von Praszma auf Schloß Falkenberg im Alter von 76 Jahren nach langem Krankenlager an Blinddarmentzündung gestorben. Der Verstorbene war wiederholt Reichstags- und Landtags-Abgeordneter für ober-schlesische Wahlkreise und nahm im Zentrum eine führende Rolle ein.

Wenthen O., 27. Dez. Lebenslänglich im Zuchthaus. Die Anfang dieses Jahres vom hiesigen Schwurgericht wegen Ermordung ihres Ehemannes zum Tode verurteilte Schlosserfrau Piegl ist zu lebenslänglichem Zuchthaus „begnadigt“ worden. Die Mitteilung wurde ihr zu Weihnachten zugeestellt.

Wenthen O., 28. Dez. Vergiftung durch Mohn. Am Weihnachtabend ist hier die Familie Rospietz, Mutter und zwei im Alter von 6 und 10 Jahren stehende Knaben, durch den Genuß von Mohnblättern an Vergiftungserscheinungen erkrankt. Der 10-jährige Knabe ist noch am demselben Abend gestorben, während bei Frau Rospietz sofort Gegenmittel in Anwendung gebracht wurden, sodas sie zwar schwer krank darniederlag, aber sich außer Lebensgefahr befindet. Der sechsjährige Knabe hat nach dem Genuß der Mohnblätter sofort Erbrechen bekommen und befindet sich ebenfalls außer Gefahr. Wie das Gift in den Mohn hineingekommen ist, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben; welcher Art das Gift gewesen ist, wird durch die Obduktion der Leiche festgestellt werden.

Wieschowitz, 28. Dezember. Neue Waffendiebstähle. Bei dem Munitionslager v. Kähler in Gletwitz sind, wie seinerzeit berichtet, im November, zwei Karabiner, Modell 98, gestohlen worden und bisher noch nicht wieder entdeckt worden. Bei demselben Regiment ist nun Mitte Dezember, und zwar bei der in Wieschowitz stationierten 2. Eskadron, ein weiterer Waffendiebstahl vorgefallen, indem das Schloß eines im Korridor der Kaserne stehenden Karabiners entwendet wurde. Angeblich soll die Tat durch einen Spion verübt worden sein.

Greifz., 28. Dezember. Opfer des Eises. Auf dem Rückwege vom Konstanzenbause nicht betreten mehrere Mädchen das Eis des Leitberger Sees. Die 14-jährige Tochter der Familie Rierke in Altwede brach ein und erlitt vor den Augen ihrer Mitschülerinnen.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12-1 Uhr Mittags.

H. A. Die Kaiserbrille wird erst im Herbst 1910 dem Verleger übergeben werden.

H. F. Gräbichenerstraße. Es genügt, wenn der Pflger das Geld kündigt. Zahlt der Schuldner nicht, so muß er beim Gericht verklagt werden.

H. Königszelt. Der Wirt ist in diesem Falle verpflichtet, für die Hausbereinigung zu sorgen.

H. J. Sie brauchen die Miete nur für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober zu zahlen, vorausgesetzt, daß es richtig ist, was Sie annehmen.

H. 2. Seitendorf. Bestand für die Wohnung vierteljährliche Kündigung, so muß der Sohn nach dem Tode der Mutter die Miete noch für das nächste Vierteljahr zahlen, wenn die Wohnung nicht anderweitig vermietet wird. Vielleicht können Sie sich mit dem Wirt in Güte auf einen geringeren Betrag einigen.

Wer seine Zeitung pünktlich haben will,

muß eines in erster Linie beachten: Die genaue Angabe seiner Wohnung! Wer nun am 1. Januar vergißt, tut gut daran, so bald als möglich genau auszufüllen und der Zeitungsfrau mitzugeben:

Wohntage Wohnung:

Wo wohnen Sie nach dem 1. Januar?

Vor allen Dingen vergesse man nicht, seinen Vor- und Nachnamen auf die folgende Linie zu setzen:

Wer dies tut, erhält pünktlich seine Zeitung in die neue Wohnung.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete. Polnische Demokraten.

Ein polnisch-demokratischer Verein für Schlesien ist von den radikalen Polen in Staniska bei Rybnik gegründet worden. Nachdem die Führer Dr. Roket-Ratibor, Dr. Seyda, Dr. Szylo und Korsantj scharfe Reden gegen die Verschönerungspolitik des zentrumfreundlichen Potentium gehalten hatten, wurde folgende Resolution angenommen: Polnische Bestrebungen, welche auf der Entlassung der nationalen Freile beruhen, demütigen das polnische Volk und führen der polnischen nationalen Bewegung in Schlesien empfindlichen Schaden zu. Wir verurteilen die von einzelnen Personen verbreitete Anschauung, daß unser Verhältnis zum preussischen Staat eine sittliche (moralische) Grundlage habe, und meinen, daß dieses Verhältnis einen ausschließlich rechtlich-politischen Charakter hat. Ueber unsere politische Haltung, das Verhältnis zur preussischen Regierung müssen ausschließlich selbständig und unmittelbar das Wohl der (polnischen) Nation, das Interesse breiterer Schichten des Volkes entscheiden. Wir fordern alle Leute, die mit uns eines Sinnes sind, auf, sich unter der Fahne des polnisch-demokratischen Vereins zu organisieren, um das Vordringen fremder Parteien von unserem polnischen Lager abzuwehren, der Verbreitung unserer polnischen Gemeinschaft schädlicher Ansichten und Bestrebungen vorzubeugen. Daraus folgte dann die Gründung eines schlesischen Provinzialkomitees des polnischen demokratischen Vereins.

Das polnische Zentral-Wahlkomitee, das mit den blau-schwarzen Steuerpländern und Volks-Entwicklern durch und durch ist, will Dr. Seyda und Korsantj bei den nächsten Reichstagswahlen als Kandidaten nicht mehr aufstellen. — Wenn sich nur Korsantj immer so demokratisch benommen hätte, als wie er sich zur Zeit den Anschein gibt.

Münsterberg, 28. Dezember. Zum Suizid bei Neuhof. Am 21. d. M. Abends bei Neuhof erkrankte Emma Sander, wie weiter festgestellt worden ist, eine Kaffeekeime und eine Schnitt Brot bei sich, die keine ist noch nicht gefunden worden. Als der verjüngte Leichnam am Donnerstag Vormittag gegen 9 Uhr im Präsenzsaal-Walden gefunden worden war, trafen nach sofortiger Benachrichtigung alsbald Landrat Dr. Richter aus Münsterberg und der Staatsanwalt aus Glatz und Nachmittags 5 Uhr eine Gerichts-Kommission aus Münsterberg ein. An dem verjüngten Leichnam fehlten nicht nur Kopf und Unterkiefer, sondern die Arme, Kopf und Oberarmen sind mit glattem Schnitt vom Kumpfe abgetrennt worden. Ein Hod war hochgeschlagen und über den Schultern zusammengebunden. An der Fundstelle war wenig Blut zu sehen. Es ist deshalb anzunehmen, daß der Mord an anderer Stelle vollführt und dann erst die einzelnen Teile des Leichnams an verschiedenen Orten niedergelegt worden sind. Der Kopf und die Arme sind am Sonnabend in einem anderen Waldchen, neben der Fundstelle des Kumpfes, gefunden worden. Der Kopf, der in Lumpen gewickelt war, war stark verjüngelt, der Mund auf beiden Seiten bis zu den Ohren aufgeschlitzt. Die Unterkiefer sind noch nicht aufgefunden. Seit Freitag sind zwei Polizeihunde, einer aus Wobslau von der Gendarmerieschule und einer aus Jarze, in eifriger Tätigkeit. Die Hunde nahmen bis jetzt immer die Spur nach dem Dorfe Neuhof auf. Viele Tausende von Zuhauern strömten an den Feiertagen auf der Chaussee von Münsterberg nach Neuhof und von Neuhof nach Heintzschau zusammen. Die gerichtliche Sektion der bisher gefundenen Leichenteile fand gestern statt.

Brieg, 28. Dezember. Raubmord an einem Schulknaben. Im nahen Scheidewitz wurde am 24. Dezember, Morgens, der dreizehnjährige Schüler Hermann Kruber aus Scheidewitz ermordet und beraubt aufgefunden.

Hierzu berichtet die „Brieger Zeitung“ folgendes: Der am Freitag früh in der Nähe von Scheidewitz tot aufgefunden Knabe ist der dreizehnjährige Schüler Hermann Kruber aus Scheidewitz. Der Knabe, welcher nächste Opfer aus der Schule entlassen werden sollte, war am Donnerstags Abend von seiner Mutter, einer Hauswirtschaf, die auf Waldarbeit geht, geschickt worden, um das Wochenlohn im Beirage von 6 Mark abzuholen. Die Lohnsätze waren von der Oberförsterei Ohlau nach dem in der Mitte des Dorfes gelegenen Gasthause in Scheidewitz gebracht worden, wo sie ausbezahlt wurden. Hermann Kruber nahm dort zwischen 6 und 7 Uhr das Geld in Empfang. Kurz nachher begegnete ihm eine Arbeiterfrau, die ebenfalls ihr Lohn abholen ging, und sprach mit ihm einige Worte. Um 7 Uhr war er noch von einem Radfahrer gesehen worden, als er mit einem Kanne, den der Radfahrende nicht erkennen konnte, sprach. Von da an war der Knabe verschunden. Am Freitag früh fand ihn ein Schulkamerad in der Nähe des Landweges, der nach Liednis führt, als Leiche auf. Der Knabe lag auf dem Gesicht, sein Kopf war fürchterlich zertrümmert, das Rasenbein zertrümmert und das Antlitz stark entstellt. Der über Nacht gefallene Regen hatte die Wunden ausgefüllt. Die erste Blutspur wurde nahe am Wege festgestellt. Der Geldbetrag die Miete und Schube, sowie Strumpfe fehlten. Die Gerichts-Kommission stellte fest, daß der Tod bereits am 23. d. Mts., Abends, eingetreten war, und man nimmt an, daß der Verunglückte sich so abgeplagt habe, daß der Mörder mit seinem Opfer auf der Straße zusammengetroffen und von dem Gelde schon wußte, oder von dem Knaben in der Unterhaltung davon erfuhr. Als der Mörder die Herausgabe des Geldes verlangte, schickte der Knabe ins Feld, wurde aber von seinem Verfolger eingeholt und mit der bereit gehaltenen Latte von hinten niedergeschlagen. Die beiden letzten Schläge, die den Schadel zertrümmerten, fielen von vorn auf den Daliegenden. Dann rannte der Mörder den viertelstündigen Weg nach unten aus und flüchtete. Das Werkzeug, eine Zaunlatte, wurde in der Nähe des Toten aufgefunden. Sie ist mit Blut besudelt und nach dem Tode des Knaben in die Erde gesteckt. Die Schläge fehlten, die der Mörder nach dem Knaben geführt. Die Latte ist von dem Jamme eines der letzten Häuser des Dorfes entnommen worden. Der Besitzer des Hauses erlaubte die Latte als vor seinem Hause entnommen. Er kam selbst in den Verdacht, der Täter zu sein, konnte aber sein Alibi nachweisen. Bis jetzt ist noch keine Spur des Täters entdeckt worden, obwohl mehrere Sitzungen stattfanden. So wurden einige Sozialdemokratische Genossen, welche in der Nähe in Grotzschoborn geschäftig hatten. Auch in Brieg wurden Verhaftungen vorgenommen. Ueber den Täter werden verschiedene Vermutungen laut. Man ist überwiegend der Ansicht, daß ein Einzelgänger der Mörder sein muß, wenn mit einem Fremden wäre der Knabe, dem von seinem Lehrer das Zeugnis eines fest aufgeweckten Schülers ausgestellt wird, nicht an eine so abgelegene Stelle gegangen. Der jähwütigen Mutter, einer Hauswirtschaf, wird die wütende Teilnahme entgegengebracht, insbesondere, als ihr Mann vor circa 13 Jahren beim Bau der Oberbahn in Ohlau abstarb und am Genickbruch starb. Sie hat noch zwei erwachsene Kinder. Die Leiche wurde Freitag Mittag 11 Uhr unter großer Beteiligung, auch aus den umliegenden Dörfern, beerdigt.

Brieg, 28. Dezember. Selbstmordversuch eines Grenadiers. Am 23. Dezember, Abends, verübte der Grenadier Bildt, der 6. Kompanie des hiesigen Regiments, der im Oktober als Mann entlassen war, durch Selbstentzündung seinen Leben ein Ende zu machen. Auf seiner Einbe ließ er sein Gewehr mit einer Kapselkammer und schoss sich in den Mund. Der Schuß ging

Die Gemeindevahlen in der Pfalz sind nunmehr beendet. Sie bedeuten einen wichtigen Erfolg in unserer Partei; die Zahl der sozialdemokratischen Gemeinderäte ist von 108 im Jahre 1904 auf 291 im Jahre 1908, die Zahl der Gemeinden mit sozialdemokratischen Vertretern von 38 auf 66 angewachsen. In vier Gemeinden, Oppau, Rheingrubheim, Lambrecht und Eubendhausen, haben wir jetzt die absolute Mehrheit. In Lambrecht und Oppau stellt unsere Partei den Bürgermeister, in 11 Gemeinden gebt der erste Adjunkt und in 8 Gemeinden der zweite Adjunkt der sozialdemokratischen Partei an. In den Gemeinden über 4000 Einwohner, für die die Proporzwahl eingeführt ist, gingen unsere Parteigenossen — gemäß dem Beschluß des diesjährigen Pfälzischen Landtages — selbständig vor; hier sind es die Städte Frankenthal mit 10, Grünstadt mit 8, Lambrecht mit 9, Mutterstadt mit 8, Schifferstadt mit 6, Kaiserlautern mit 13 und Pirmasens mit 11 Sozialdemokraten, deren Resultate allgemein übertrifft und die gesamten Erwartungen überstiegen haben. In den Gemeinden unter 4000 Einwohnern, in denen die einfache Majoritätswahl entscheidet, ist den deutschen Parteienstellungen Rechnung getragen worden, insofern verschiedene mit anderen Parteien Kompromisse abgeschlossen und damit ein freiwilliges Proporzwahlbündnis geschaffen wurde. Liberale und Zentrum haben in verschiedenen Orten starke Wahlschlappen erhalten, ebenso ist es den Bündlern ergangen, die in einzelnen Orten vollständig aus dem Gemeindeparlamente hinausgedrängt wurden. Unsere Gegner — besonders das Zentrum — arbeiteten mit den schiefen Mitteln der Fälschung und Verleumdung; unsere Kandidaten wurden verächtlich beschimpft. Nach Reichsverhandlungen und Wahlen-Blablaßer Art wurden die ungeschicktesten Schandredner über die kommunalpolitischen Ziele der Sozialdemokratie verbreitet, um die Wähler gefühllos zu machen; wo das nicht half, wurden Bier, Wein und Raucherzettel bezogen, um die Stimmen der Arbeiter zu fangen. Dort, wo unsere Partei einen neuen, mächtigen Einfluß hat, zogen derartige Bestechungsmittel nicht; wo es das alte Beispiel, das unsere Parteigenossen gaben, nicht ohne Einwirkung auch auf andere geblieben, diese Taten werden selbst von den Gegnern anerkannt. Einen Terrorismus schlimmerer Art über die Wähler in einzelnen Orten, u. a. in Rheingrubheim aus. Aus Arger über ihren Reizfall verkaufen sie den Sozialdemokraten keine Milch, Kartoffeln usw.

Um eine praktische, erfolgreiche Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden zu ermöglichen, hat der Vorstand der Pfalz für den 2. und 3. Januar vier Gemeindevertreterkonferenzen anberaumt, in denen über unsere Aufgaben und über unsere praktische Tätigkeit in den Gemeinden gesprochen wird; weiter sind kommunalpolitische Kurse für die Gemeindevertreter geplant, in denen die praktische Nutzenanwendung der Forderungen unseres Kommunalprogramms durchgearbeitet werden soll.

Eine neue sozialistische Zeitschrift in Dänemark. Die sozialdemokratische Partei Dänemarks will zu Anfang des neuen Jahres eine neue wissenschaftliche Zeitschrift herausgeben. Daß das Verlangen der Arbeiter nach Aufklärung und wissenschaftlicher Bildung groß ist, ergibt deutlich die außerordentlich rasche Antenne an dem Unternehmen; die vorgeschlagene Auflage von 10000 ist für ein Land von circa drei Millionen Einwohnern sehr hoch. Da schon 7000 Abonnenten vorhanden sind, ist die geplante Auflage wahrscheinlich noch zu niedrig. Die erste Nummer wird eine populär-historische Abhandlung des Genossen Dr. Gustav Wang, betitelt: Die Durchbruchzeiten in der Geschichte Europas; Durchbruch des Christentums, die Reformationszeit und die französische Revolution usw. enthalten.

Arbeiterbewegung.

Die Ergebnisse der Abstimmung über den Reichstagsvertrag im Metallgewerbe. Die im Verande der Metall vorgeschlossene Abstimmung über den Reichstagsvertrag, wie auch die Einholung der Zustimmung der Mitglieder für zentrale Verhandlung der örtlich gebundenen Löhne und Arbeitszeiten sind nunmehr beendet. Das Ergebnis ist folgendes: In den 238 Lohngebieten, in denen 82.736 Mitglieder des Verbandes in Frage kommen, haben 289 Versammlungen stattgefunden, an denen 15.513 Mitglieder teilgenommen haben. Für den Reichstagsvertrag wurden 9922 und gegen 4398 Stimmen abgegeben. Für weitere zentrale Tarifverhandlung wurden 11.492 und gegen 2296 Stimmen abgegeben. Der Reichstagsvertrag ist nach diesem Resultat durch die Mehrheit der sich an der Abstimmung beteiligenden Mitglieder seitens des Verbandes angenommen und zugleich die Zustimmung für weitere zentrale zu führende Tarifverhandlung gegeben. Die weiteren Verhandlungen sollen am 1. Januar in Berlin beginnen und mit dem 10. Januar beendet sein. Das Ergebnis dieser Verhandlung soll seitens des Vorstandes den Mitgliedern des Verbandes wiederum zu einer Abstimmung unterbreitet werden. In der Voraussetzung, daß sich wiederum nicht die Hälfte der Mitglieder an der Abstimmung beteiligt, soll das Gesamtergebnis der Tarifverhandlung einer außerordentlichen Generalversammlung zur endgültigen Beschlußfassung unterbreitet werden. Auf Grund der Beschlüsse zum Reichstagsvertrag, die die Generalversammlung des Verbandes in Köln faßte, hat der Vorstand bereits die nötigen Vorarbeiten wie die Wahl der Delegierten angeordnet, sodas nach Erleichterung der kommenden Tarifverhandlung und Abstimmung durch die Mitglieder gegebenenfalls die außerordentliche Generalversammlung für Mitte des Monats Februar einberufen werden kann.

Dem bisherigen Ergebnis der Tarifverhandlung sollen auch die Mitglieder des christlichen Metallverbandes, wie auch der Gewerkschaft des graphischen Berufs für Metall und Lackierer ihre Zustimmung gegeben haben. In den Gewerkschaften des Hauptverbandes der Metallgewerbe in der Pfalz haben die Abstimmungen ebenfalls große Mehrheiten für die Annahme des Reichstagsvertrages gebracht, sodas damit eine gegenseitige Zustimmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände zu dem Reichstagsvertrag vorliegt. Die Erklärungen der Parteien sollen bis zum 28. Dezember beim Vorsitzenden des Gewerbegerichts in Berlin, Magistratsrat von Schulz, erfolgen.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände in Italien. Im Beginn des Jahres 1909 waren in Italien, wie die oben erwähnte Jahreshefte des Reichsarchivkomitees mitteilt, 175.000 Arbeiter in den gewerkschaftlichen Zentralverbänden organisiert. Gegenüber dem vorigen Jahre ist ein Rückgang von rund 16.000 Mitgliedern zu verzeichnen. Der größte Zentralverband ist der der Eisenarbeiter mit 44.961 Mitgliedern; die Arbeiter im Berggewerbe folgen mit 41.732 an zweiter Stelle. In gewerkschaftlichen Abteilungen haben die Tuchmacher mit 12.578, die Textilarbeiter mit 11.124, die Arbeiter in Eisenbetrieben mit 9082, die Arbeiter mit 8508 und die Metallarbeiter mit 8000 Mitgliedern. Gegen 23 Zentralverbände, die zu Beginn des Jahres 1908 bestanden, haben wir im Januar des ablaufenden Jahres deren 23. In dem in der Schweißerei der Organisations angelegten Mittelstand sind 11 Zentralverbände beteiligt. Die gewerkschaftlichen Arbeiter in Eisenbetrieben aufgezählt, die über 5000 Mitglieder zählen; 7000 gehören die Metallarbeiter, 7100 das Berggewerbe, über 1000 die Eisenarbeiter. Diese Zahlen gegenüber ist aber auch ein Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen, der hauptsächlich bei den Eisenarbeitern, die ungefähr 1000 neue Mitglieder gewonnen, Bedeutung erlangt. Die zu Beginn des Jahres 1908 noch gar nicht existierende Gewerkschaft der Arbeiter in Schweißereien zählt die Gesamtzahl der in Zentralverbänden Organisierten nun bereits 6000. Im Beginn des ablaufenden Jahres hat sich auch bei den Eisenarbeitern die Gewerkschaft der Arbeiter der Eisenbetriebe, die Eisenarbeiter, die Eisenarbeiter, die Arbeiter und die Eisenarbeiter. In